



Ratsfraktion
Düsseldorf **FDP**

BERICHT FÜR 2022

Etatrede 2023 Ratsfraktion Ausschüsse Bezirksvertretungen Nachrichtenrückblick 2022

INHALT

1 REDE ZUM HAUSHALT 2023

Von Manfred Jan Neuenhaus

4 DIE FDP-RATSFRAKTION

Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

SITZUNGSSTATISTIK DER FRAKTION

Interessante Fakten zu Sitzungen und Gremien

IHR KONTAKT ZUR FDP-FRAKTION

Ihre Kontaktmöglichkeiten im Überblick

5 RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE

Auswahl an Themen für das Jahr 2022

6 DIE ERWEITERTE FRAKTION

Übersicht der Mitglieder

8 DIE AUSSCHUSSMITGLIEDER

Übersicht der Mitglieder in den Gremien

10 DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN

Liberale in den Bezirksvertretungen für Sie vor Ort

12 NACHRICHTEN

Der Jahresrückblick 2022

POSITIONSPAPIER ZUM HAUSHALT 2023

Von Manfred Jan Neuenhaus



Manfred Jan Neuenhaus

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Sie erreichen ihn unter manfred.neuenhaus@duesseldorf.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren,

uns liegt heute ein Haushaltsplanentwurf für 2023 vor, der nur noch theoretisch ausgeglichen ist. Ohne Bilanzierungshilfe und ohne den Rückgriff auf die Rücklage wäre die tatsächliche Schieflage des Haushalts deutlich sichtbar. Die Mittelfristplanung zeigt für die nächsten Jahre einen rapiden Anstieg der Verschuldung. Die Haushaltspolitik von CDU/GRÜNEN führt mit Riesenschritten unter die Vormundschaft des Haushaltssicherungsgesetzes und damit zum Verlust unserer Handlungsfähigkeit.

→ Finanzpolitik von Schwarz/Grün

Die finanziellen Mehrbelastungen, die durch die Pandemie und den Ukraine-Krieg entstanden sind und noch entstehen werden, tragen wir selbstverständlich mit. Auch die Fortführung der Investitionen in den Schulbau, die von der Ampel 2014 begonnen wurden, sind richtig.

Diese Belastungen sind aber nicht der Kern der von CDU/GRÜNEN verschuldeten Haushaltsmisere.

Was wir der Ratsmehrheit vorwerfen ist der seltsam uninspirierte Umgang mit Geld. Es ist weder erkennbar, wie die Mehrheit wirkungsvoll Mehreinnahmen generieren will, noch wo, wie und wann sie Einsparungen vornehmen will. Schwarz-Grün lässt alles laufen, legt bei den Ausgaben noch kräftig obenauf und verschließt die Augen vor den unausweichlichen Folgen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

diese Haushaltspolitik ist verantwortungslos. Im Sinne des Wortes, denn CDU und Grüne übernehmen keine Verantwortung. Schwarz-Grün hat keinen Plan für Düsseldorf – diese Kooperation wurschtelt sich durch, sie hangelt sich von Abstimmung zu Abstimmung, ohne dass eine klare Linie für die Zukunft Düsseldorfs erkennbar ist.

FDP und CDU haben seit 1999 Düsseldorf schuldenfrei gemacht, wir haben neue Einnahmequellen generiert, Steuern gesenkt und keine neuen Steuern eingeführt. Die Ampel hat diese Politik bis 2020 fortgeführt. Wir haben bewiesen, dass wir wissen wie es geht. Schwarz-Grün fällt nichts ein, um diese erfolgreiche Politik fortzuführen. Die Diskussion um die Bettensteuer zeigt was wir in Zukunft von CDU/GRÜNEN zu erwarten haben, nämlich das untauglichste Mittel zur Finanzierung eines ausgeglichenen Haushalts: Neue Steuern und Steuererhöhungen. Was in der Regel nicht Mehreinnahmen, sondern Mindereinnahmen zur Folge hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

diese Finanzpolitik von Schwarz-Grün wird einschneidende negative Folgen haben, für die freiwilligen Leistungen an unsere Bürgerinnen und Bürger, für den Wirtschaftsstandort Düsseldorf und für die Weiterentwicklung unserer Stadt. Deshalb lehnen wir Freien Demokraten diesen Haushalt ab.

→ **Zur Verkehrspolitik**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir werfen Schwarz-Grün vor allem das vor was sie NICHT machen.

Die Verkehrspolitik der Kooperation ist ein unglaubliches Stückwerk. Der Bau von Fahrradwegen ist keine Verkehrswende. Wir haben alle Beteiligten im Blick und wollen mehr für Zufußgehende tun, Stadtbahn und Bus zuverlässiger machen. Düsseldorf muss für alle erreichbar bleiben – auch mit dem Auto. Entsprechende Anträge legen wir heute vor.

Es gibt immer noch keinen Masterplan Digitalisierung für Düsseldorf. Das bisher Erreichte ist sehr überschaubar und die Ziele scheinen nicht sehr ambitioniert. Aber die Funktionsfähigkeit und nicht zuletzt auch die Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung Düsseldorf hängen ganz erheblich vom Erfolg der Digitalisierungsmaßnahmen ab. Das können wir besser, deshalb legen wir heute entsprechende Anträge vor.

→ **Stadtentwicklung**

Wir fordern seit Jahren zusätzlichen preiswerten Wohnraum für Düsseldorf. Das ist machbar. Dafür favorisieren wir den Bau von Wohnungen mit Wohnungsgenossenschaften. Dazu legen wir heute einen weiteren Antrag vor.

Die Stadt der Zukunft muss sich vertikal entwickeln. Unter der Verantwortung von Schwarz-Grün werden munter weitere Flächen in Düsseldorf versiegelt. Wir haben ein Modell entwickelt wie ein neuer zukunftsfähiger Stadtteil aussehen könnte. Dieses Modell verhindert die stückweise Versiegelung der Wiesen und Äcker in den Außenbezirken.

→ **Kultur und Freie Szene**

Ein vorletztes Wort zur Kultur in Düsseldorf. Die Freie Szene entwickelt sich unter CDU/Grünen nicht weiter. Wer, warum und mit wie viel Geld gefördert wird ist mittlerweile völlig intransparent. Viele gute Projekte werden nicht umgesetzt, weil die städtische Förderung ausbleibt. Allein die „Lieblinge“ der Grünen können für 2023 mit erhöhter Förderung rechnen. Wir beantragen gleich eine wesentlich gerechtere und bessere Förderung.

Zum Schluss einige Sätze zum Neubau der Oper. Die Oper ist nicht elitär und sie ist kein Luxusgut. Die Oper gehört zu unseren wichtigsten Kulturgütern und sie ist ein Stück Düsseldorf. Der Neubau der Oper hätte auch eine enorm positive Auswirkung auf einen nachhaltigen Tourismus. Wir hätten den Neubau am liebsten im Hafen, am Rhein gesehen. Dafür gab es keine Mehrheit. Doch egal für welchen Standort wir uns entscheiden – kommen muss der Neubau! Der Neubau ist das

einziges Leuchtturmprojekt nach Arena und Kö-Bogen – er hat deshalb auch eine große Bedeutung für den Standort Düsseldorf. Die Grünen prüfen den Neubau der Oper gerade „zu Tode“. Wir haben den Eindruck Bürgerbeteiligung ist für GRÜNE nur dann interessant, wenn sie ein Projekt verhindern wollen.

→ **Resümee nach 2 Jahren Schwarz/Grün**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

diese Kooperation versagt bei ihren Kernthemen, weder bei Mobilität, Klima oder bezahlbarem Wohnen kommen wir entscheidend und schnell genug weiter. Die CDU ist bei den Themen Finanzen und Wirtschaft stumm geworden. Digitalisierung scheint niemanden zu interessieren. Das einzige was von dieser Kooperation nach 5 Jahren bleiben wird sind Fahrradwege. Das müsste selbst den Kolleginnen und Kollegen von CDU/GRÜNEN zu wenig sein.

Wir leben in schwierigen Zeiten. Es wäre die Aufgabe der Ratsmehrheit den Menschen das Leben leichter zu machen, es wäre die Aufgabe der Ratsmehrheit die Stadt krisenfester zu machen. Davon ist nichts erkennbar. Stattdessen wächst die soziale Ungerechtigkeit in Düsseldorf.

→ **Freiheit und Toleranz**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Ziel aller demokratischen Fraktionen im Rat ist der Erhalt des Friedens in unserer Stadt. Düsseldorf ist eine diverse Stadt und wir sind stolz darauf. Unsere Lebensqualität geht Hand in Hand mit der Vielfalt der Menschen in Düsseldorf. Deshalb bereitet der Anstieg der Kriminalität gegen Leib und Leben uns besondere Sorge. Wir sehen die Bedrohung queerer Menschen und die Bedrohung von Menschen jüdischen Glaubens. Das wollen und dürfen wir nicht zulassen. Wir sind bereit mit den demokratischen Fraktionen und der Verwaltung alles zu unternehmen, um unsere offene Stadtgesellschaft zu schützen.

DIE FDP-RATSFRAKTION

Unsere Arbeit im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf



Manfred Neuenhaus
Fraktionsvorsitzender



Mirko Rohloff
Stv. Fraktionsvorsitzender



Monika Lehmhaus



Dr. Christine Rachner



Ulf Montanus



Sebastian Rehne



Felix Wilhelm Droste



Dr. Christoph Schork



Tagungen der FDP-Ratsfraktion 2022

- Der Rat hat im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 8 Mal getagt.
- Die kleine Fraktion (Ratsmitglieder) tagte 38 Mal, teilweise digital/hybrid.
- Die Sitzungen der erweiterten Fraktion (sämtliche Mandatsträger) haben 20 Mal digital oder als Hybridsitzung (Analog + Digital) stattgefunden.

Kontakt

Geschäftsstelle der FDP-Fraktion
im Rathaus der Stadt Düsseldorf

Maren Stenzel
Büroleiterin
Telefon: 0211 89 23 122

Heike Lang
Sekretariat
Telefon: 0211 89 23 124

RATSANFRAGEN UND -ANTRÄGE

Auswahl an Themen für den Rat im Jahr 2022

Februar

Antrag der FDP: Keine Sondernutzungsgebühr für Außenterrassen 2022

Antrag der FDP: Zusammenarbeit und Austausch mit Bund, Land und anderen Städten zum Thema Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften

Antrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: Für Solidarität und Demokratie - Unterstützung des Düsseldorfer Appells

März

Anfrage der FDP: Stand der Planungen für den P&R-Standort „Am Froschenteich“

Anfrage der FDP: Stand der Planungen für einen Ausbau des Ladenetzes für E-Fahrzeuge

Antrag der FDP: Homeoffice unabhängig von Corona ermöglichen

Antrag der FDP: Verlegung der offenen Alkohol- und Drogenszene vom Worringerplatz

Antrag der FDP: Dachmarkenstrategie

Antrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, DIE LINKE und Die PARTEI-Klima-Fraktion: Resolution zum russischen Angriff auf die Ukraine

April

Anfrage der FDP: Barrierefreie Innenstadt

Antrag der FDP: Familiengerechte Kommune Düsseldorf – Modul-Hilfe für Familien aus der Ukraine

Mai

Anfrage der FDP: Telearbeit/Mobiles Arbeiten

Anfrage der FDP: Auswirkung der steigenden Grundstückspreise auf den Geschosswohnungsbau

Anfrage des Ratsherrn Droste: Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine in Düsseldorf

Antrag der FDP: Resolution zur Grundsteuer

Juni

Anfrage der FDP: Nachhaltigkeit der Förderung von Lastenrädern

Anfrage der FDP: Ferienangebote für ukrainische Flüchtlingskinder und durch die Pandemie benachteiligte Kinder und Jugendliche

Antrag der FDP: Prüfauftrag zur Aufwertung des Bertha-von-Suttner-Platzes

September

Anfrage der FDP: Partyschiffe auf dem Rhein

Antrag der FDP: Reduziertes Eintrittsgeld in städtischen Einrichtungen für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

November

Antrag der FDP: Sicherheit in der Altstadt

Dezember

Haushaltsantrag der FDP: Schaffung einer/eines Usability- Beauftragten der LHD Düsseldorf

Haushaltsantrag der FDP: Wo bleibt der Masterplan Digitalisierung? Mehr Transparenz und mehr Schwung für die digitale Transformation

Einführung eines Programmmanagements für alle IT-Projekte der Landeshauptstadt Düsseldorf

Haushaltsantrag der FDP: Anbindung des Gesundheitsamtes an die Telematikinfrastruktur

Haushaltsantrag der FDP: Parken in Düsseldorf

Haushaltsantrag der FDP: Förderung der Freien Szene

Haushaltsantrag der FDP: Standort Fotoinstitut

Haushaltsantrag der FDP: Rücknahme aller Kürzungen im Kulturretat

Haushaltsantrag von FDP und SPD: Koordinierung und Bündelung der Quartiersarbeit im Grafenberg/Knittkuhl durch das Zentrum plus Ludenberg

Haushaltsantrag der FDP: Intergenerativer Ansatz als Handlungsmaxime in der Stadtgesellschaft verankern

Haushaltsantrag der FDP: Weiterentwicklung des Düsseldorfer Modells

Haushaltsantrag der FDP: Startup-Support für Wohnungsgenossenschaften in Düsseldorf! Nachhaltige Wohnungspolitik durch Unterstützung bei der Gründung gemeinnütziger Wohnungsgenossenschaften

Haushaltsantrag der FDP: Masterplan Gehen Düsseldorf

Haushaltsantrag der FDP: Mehreinnahmen Oper und Schauspielhaus

DIE ERWEITERTE FRAKTION

Übersicht der Mitglieder

EIN STARKES BAND

André Witner



Laura Litzius



Karsten Döriges



Linda Möller

Dr. Veronika Dübgen



Dagmar Saschek



Kerstin Meißler



Matthias Lambert



Felix Mölders





Dr. Jürgen Degethoff



Karsten Körner

Marc Wilhelm Held



Markus Jaskolski



Thomas Nicolin



Rainer Matheisen

Piero Alessio



Maximilian Schade



Dr. Dominik Fanatico



Ingo Denzel

Anne Korenkov



AUSSCHÜSSE, MITGLIEDER UND VERTRETUNGEN

Gestaltung der wichtigen Themen

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
Anregungs- und Beschwerdeausschuss		
Julian Deterding	Dr. Christine Rachner	André Kiel
Monika Lehmhaus (S)	Matthias Lambert	Felix Droste
Bauausschuss		
Mirko Rohloff (S)	Monika Lehmhaus	Stephan Meyer
Sebastian Rehne	Manfred Neuenhaus	Ulf Montanus
Ausschuss für Gleichstellung		
Dr. Christine Rachner (S)	Sebastian Rehne	Mirko Rohloff
André Witner	Jan Feldmann	Manfred Neuenhaus
Ausschuss für Gesundheit und Soziales		
Dr. Christine Rachner (S)	Anne Korenkov	Ulf Montanus
Laura Litzius	André Witner	Karsten Döriges
Haupt- und Finanzausschuss		
Manfred Neuenhaus (S)	Dr. Christine Rachner	Dr. Christoph Schork
Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus	Ulf Montanus
Jugendhilfeausschuss		
Dr. Christine Rachner (S)	Daniela Masberg-Eikelau	–
Kulturausschuss		
Manfred Neuenhaus (Vorsitz/S)	Dr. Veronika Dübgen	Brien Dorenz
Ulf Montanus	Thomas Nicolin	Sebastian Rehne
Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, Stadtökologie, Abfallmanagement und Bevölkerungsschutz		
Felix Droste	Dr. Christoph Schork	Dr. Dr. Marianne Hagen
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	Dr. Dominik Fanatico
Ordnungs- und Verkehrsausschuss		
Piero Alessio	Rainer Matheisen	Ingo Denzel
Felix Mölders (S)	Dagmar Saschek	Kerstin Meißler
Ausschuss für Digitalisierung und allgemeine Verwaltungsorganisation		
Piero Alessio	Markus Jaskolski	Thomas Nicolin
Sebastian Rehne (S)	Anne Korenkov	Felix Droste

Ausschüsse und Mitglieder	1. Stellvertretungen	2. Stellvertretungen
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung		
Dr. Christoph Schork	Maximilian Schade	Brien Dorenz
Mirko Rohloff (S)	Manfred Neuenhaus	Daniela Masberg-Eikelau
Rechnungsprüfungsausschuss		
Felix Droste (S)	Mirko Rohloff	Monika Lehmhaus
Dr. Ulrich Peters	Thomas Nicolin	Brien Dorenz
Integrationsrat		
Sebastian Rehne (S)	Ulf Montanus	Monika Lehmhaus
Schulausschuss		
Dr. Christoph Schork (S)	Karsten Döriges	Julian Deterding
Monika Lehmhaus	Brien Dorenz	Mirko Rohloff
Sportausschuss		
Monika Lehmhaus (S)	Sebastian Rehne	Bodo Schadrack
Thomas Nicolin	Karsten Körner	Ulf Montanus
Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz		
Ulf Montanus (S)	Sebastian Rehne	–
Karsten Döriges	Linda Möller	Ferry Weber
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit		
Felix Droste (S)	Dr. Christoph Schork	Dr. Christine Rachner
Dagmar Saschek	Ulf Montanus	Dr. Jürgen Degethoff
Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung		
Sebastian Rehne (S)	Dr. Jürgen Degethoff	Thomas Butzke
Karsten Körner	–	Marc Wilhelm Held
Wahlprüfungsausschuss		
Manfred Neuenhaus (S)	Mirko Rohloff	–
Seniorenrat		
Dr. Jürgen Degethoff (S)	Kyriaki Zafiri	–

UNSERE BEZIRKSVERTRETERINNEN UND -VERTRETER

Mit Engagement in allen Stadtteilen



DIE BEZIRKSVERTRETER:INNEN VOR ORT

- BV 1** Gesa Jauck (1) und Daniela Masberg-Eikelau (2)
- BV 2** Stephan Meyer (3) und Patrick Bölling (4)
- BV 3** Jan Feldmann (5)
- BV 4** Brien Dorenz (6) und Dr. Ulrich Peters (7)
- BV 5** Dr. Dr. Marianne Hagen (8) und Laura Litzius (9)
- BV 6** Ferry Weber (10) und Georg Oppermann (11)
- BV 7** Julian Deterding (12) und André Kiel (13)
- BV 8** Bodo Schadrack (14)
- BV 9** Thomas Nicolin (15)
- BV 10** Thomas Butzke (16)

DIE THEMEN DES JAHRES 2022

Was die Menschen bewegt hat

Opernhaus

Radverkehr

Mobilitätswende

Masterplan Gehen

Digitalisierung

Fotoinstitut

Parkraum

Freie Kunstszene

Wohnungsbau

Schulden

Energiekrise



Januar

Kontroverse um überfüllte Düsseldorfer Altstadt an Silvester

Davon, lieber gleich auf offenbar kaum zu kontrollierende Vorgaben wie ein Ansammlungsverbot zu verzichten, hält Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) nichts. „Wir verzichten auch nicht gleich auf alle Ampeln nur, weil ein paar Verkehrssünder über Rot fahren“, sagt die Ratsfrau. Die Vorgänge in der Neujahrsnacht bereiten ihr Sorgen. „Wenn wir größere Ansammlungen in der erweiterten Altstadt untersagen, muss erkennbar sein, dass wir dieses Verbot auch tatsächlich durchsetzen wollen, sonst nehmen die Regelverletzer uns und den Rechtsstaat am Ende nicht mehr ernst“, sagt die liberale Frontfrau. Neben dem Ordnungsdienst sieht sie dabei auch Polizeipräsident Norbert Wesseler in der Verantwortung. Die Polizisten gingen seit Monaten ans Limit und würden zusätzlich durch die Anti-Corona-Demonstrationen enorm gefordert. „Aber solange an der Spitze der Düsseldorfer Beamten kein anderer das Sagen hat, fehlt es eben auch an einer neuen und durchgreifenderen Strategie für Tage, an denen die Altstadt unter Druck gerät“, sagt Strack-Zimmermann.

Trotz des Ansammlungsverbots haben tausende Menschen in der Altstadt Silvester gefeiert. Ohne Masken und Abstände wurde am Rheinufer dicht gedrängt bei milden Temperaturen der Jahreswechsel bejubelt.

Rheinische Post vom 4. Januar

Was sich die Politik für Düsseldorf wünscht

Mirko Rohloff, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP, stellt den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt in den Vordergrund. „Wir müssen nach Corona so schnell wie möglich den Turnaround schaffen“, sagt Rohloff, der sich zum Altstadtthema für ein klareres Konzept ausspricht.

„Jugendarbeit ist da gefordert, wir wollen damit das Problem an der Wurzel packen.“ Wichtig ist für die Liberalen neben dem weiteren Vorangehen beim Thema Oper auch die Digitalisierung der Stadt. „Das Ziel, die Verwaltung bis 2025 zu digitalisieren, muss verstärkt angepackt werden.“

Außer einem baldigen Ende der Pandemie wünschen sich die Bürgervertreter eine klare Lösung der Altstadt-Problematik, eine schnellere und sozial verträgliche Verkehrswende sowie eine bessere Diskussionskultur

Neue Rheinzeitung vom 6. Januar

Alkoholverkaufsverbot ist in NRW-Koalition umstritten

Beim Koalitionspartner FDP stößt der Düsseldorf/Kölner Vorstoß hingegen auf Ablehnung. „Wir brauchen eine Stärkung der Polizeipräsenz und consequentes Durchgreifen“, sagt der Düsseldorfer FDP-Landtagsabgeordnete Rainer Matheisen, „und nicht immer neue Gesetze und Verschärfungen.“ Ein Konsumverbot von Alkohol führe nur zu einer Verlagerung.

Der Liberale kritisiert wie die Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann den Polizeipräsidenten Norbert Wesseler. Matheisen fordert Innenminister Herbert Reul (CDU) auf, den Posten am Jürgensplatz neu zu besetzen.

Die beiden größten Städte in NRW sind sich einig: Düsseldorf und Köln würden gerne in ihren Problemvierteln den Verkauf und Konsum von Alkohol an den Wochenenden ab 22 Uhr einschränken.

Rheinische Post vom 7. Januar

Düsseldorfer Altstadt Diskussion um „Vergräm-Gerät“ – OB Keller schaltet sich ein

Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist selbst betroffene Anwohnerin – allerdings ebenfalls dagegen: „Der Vorschlag klingt kreativ, erinnert mich aber mehr an eine Kuhweide, die mit einem Elektrozaun gesichert ist, und wenn die Kühe ausbrechen wollen und den Zaun berühren, bekommen sie einen Schlag. Das ist nicht mein Düsseldorf.“ Mit einem winzigen Gerät könnten einige Krawall-Probleme in der Düsseldorfer Altstadt gelöst werden. Der EXPRESS-Bericht schlug hohe Wogen in der Stadt. Es geht um „The Mosquito“. Ein Gerät, das hohe Töne erzeugt, die nur junge Leute hören können und die Verursacher der Altstadt-Krawalle vertreiben würde. Dieses Modell, das EXPRESS nun in einem Bericht vorgestellt hat, sorgt für heftige Diskussionen in der Stadt. Die Meinungen gehen weit auseinander. Und dann gab es am Mittwoch (5. Januar) die große Überraschung: OB Stephan Keller meldete sich zu Wort.

Express vom 10. Januar

Weitere Hallenzeiten für Hauptschulen

Nach der Kritik von FDP-Ratsfrau Monika Lehmhaus an dem Termin für die Hallensanierung hat die Verwaltung reagiert und Ausweichhallen für die betroffenen Schulen besorgt. Die Stadt hat eine Lösung für die Schulen gefunden, die wegen der Sanierung der großen Sporthalle im Sportpark Niederheid über mehrere Wochen keine Möglichkeit gehabt hätten, ihren Schülern Schulsport anzubieten. In der Halle sollen der Prallschutz an den Wänden sowie der Sportboden und die Hockeybande erneuert werden. Die Arbeiten sollten noch vor Weihnachten mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen und dauern in Abhängigkeit von Lieferterminen und Kapazitäten voraussichtlich bis Ende Februar. Bei der Wahl des Termins hatte die Stadt Rücksicht auf den Skaterhockey-Verein ISC Düsseldorf Rams und deren Spielbetrieb genommen und deshalb die Arbeiten in deren Winterpause gelegt. Das allerdings ging zu Lasten vor allem der Hauptschulen in Benrath und Holthausen, bei denen der Sportunterricht dadurch zu großen Teilen ausgefallen wäre. Die können nun in andere Sportstätten ausweichen.

„Ich freue mich sehr, dass die Verwaltung sich sehr bemüht hat und vor allem für diese beiden Schulen Lösungen gefunden hat“, sagt FDP-Ratsmitglied Monika Lehmhaus, die für die Liberalen sowohl Mitglied im Schul- als auch im Sportausschuss ist, im Gespräch mit unserer Redaktion. Sie hatte schon vor Weihnachten auf das Thema Bildungsungerechtigkeit verwiesen und dass in diesem Zusammenhang der Sportunterricht der Hauptschüler eine besondere Bedeutung habe. Im nächsten Schritt will Lehmhaus sich nun darum kümmern, welche Alternativen die Stadt für die Schulen gefunden hat. Leider falle die nächste Sitzung des Schulausschusses, die eigentlich am 11. Januar hätte stattfinden sollen, coronabedingt aus. Nun hofft Lehmhaus, dass die Arbeiten tatsächlich Ende Februar fertig sind: „Wegen der Pandemie gibt es derzeit bei vielen Projekten Verzögerungen.“

Rheinische Post vom 12. Januar



Strack-Zimmermann zum RRX

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann betonte, die Allgemeinheit wolle, dass der RRX endlich kommt: „Letzteres ist wichtig, wollen wir vermehrt Pendler vom Auto auf die Bahn zu bringen.“ Man habe auch Verständnis dafür, dass die Anwohner an der Strecke eine Überbauung der Trasse wollen, und dass sie dies versuchen auch durchzusetzen. Weil das mit hohen Kosten und einer langen Phase des Umsetzens verbunden sei, habe die FDP sich im Ausschuss und im Rat enthalten.

Rheinische Post vom 13. Januar

Fachkräftemangel: Düsseldorfer Heim wegen Pflegemangels kaum belegt

Die FDP fordert in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am kommenden Dienstag nun ein Fachkräftewerbezentrum für Gesundheits- und Pflegeberufe. „Stadt und freie Träger sollen gemeinsam ein Modellprojekt zur Gewinnung von Pflegefachkräften erarbeiten“, sagt Christine Rachner. Die Ratsfrau, selbst Anästhesistin bei Sana Gerresheim, glaubt nicht an einfache Lösungen. Es müsse gelingen, den Pflegeberuf wieder positiver zu besetzen. Solange kein Personal gefunden werde, helfe auch der Bau von mehr Pflegeplätzen nicht, meint sie. „Wir brauchen eine langfristige Perspektive“, sagt Rachner. In dem „Fachkräftewerbezentrum“ sollen Behörden und Träger nach Vorstellung der Liberalen gemeinsam an dem Thema arbeiten.

Rheinische Post vom 17. Januar



Politik sieht Pläne für Pendler-Parkhaus am Südpark kritisch

Manfred Neuenhaus (FDP) beklagte, es fehle ein Gesamtkonzept zum Parken in Düsseldorf. Darüber hinaus überzeuge der Plan für den Parkplatz nicht. „Der Südpark hilft uns überhaupt nicht weiter.“ Die geplanten Eingriffe in den Autoverkehr, die das Projekt flankieren sollen, bezeichnete er als pure Schikane. Das umstrittene Pendler-Parkhaus am Südpark wird weiter geplant – allerdings unter Auflagen. CDU und Grüne forderten die Stadtverwaltung in einem Änderungsauftrag im Ordnungs- und Verkehrsausschuss auf, zunächst den Bedarf nach Parkraum für die Anlage genau zu ermitteln und ein Betriebskonzept zu entwickeln, an dem sich auch die Größe des Bauwerks ermessen soll. Mit den Stimmen der Ratsmehrheit wurde der Antrag angenommen.

Rheinische Post vom 17. Januar

Auch die FDP-Ratsfraktion lehnt das Projekt ab, so wie es derzeit geplant ist. „800 Parkplätze nach sechs Jahren Diskussion an einem unzulänglichen Platz. Das ist reine Schikane ohne Sinn und Verstand“, so der FDP-Fraktions-Vorsitzende Manfred Neuenhaus. „Gleichzeitig sollten wir auch mit den Nachbargemeinden sprechen.“ Das habe bislang keinen Erfolg gehabt, meint die FDP und schlägt vor, an den ersten Autobahn-Ausfahrten auf Düsseldorfer Gebiet Park-Angebote zu machen.

Neue Rheinzeitung vom 17. Januar

Düsseldorf erhebt doch keine Terrassen-Gebühren

Die FDP kündigte für die kommende Sitzung des Stadtrats den Antrag an, die Abgabe wegen der Coronapandemie für ein weiteres Jahr auszusetzen. FDP-

Fraktionschef Manfred Neuenhaus sagte unserer Redaktion, vor allem für kleinere Lokale sei die Gebühr für die Terrassen eine spürbare zusätzliche Belastung. Dabei sei die Pandemie noch nicht ausgestanden. „Es ist ökonomisch und psychologisch falsch, jetzt wieder die Gebühren zu erheben.“ Auch in diesem Sommer müssen Gastronomen für ihre Außenplätze nicht zahlen. CDU und Grüne korrigieren eine Entscheidung der Verwaltung – und reagieren auf breite Kritik.

Rheinische Post vom 20. Januar

Offener Brief des Düsseldorfer Appells: Für Solidarität und Demokratie

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer,

seit Wochen finden deutschlandweit und auch in Düsseldorf Demonstrationen und sogenannte „Spaziergänge“ gegen die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie statt, bei denen Hygieneauflagen unbeachtet bleiben. Von Anfang an fanden sich bei den sogenannten Anti-Corona-Demonstrationen antisemitische und geschichtsverfälschende Plakate sowie Angehörige rechtsextremer Gruppierungen.

Die Mehrheit der Menschen in Düsseldorf, in ganz Deutschland, verhält sich der Situation angemessen und rücksichtsvoll. Restaurants und der lokale Einzelhandel befolgen die aktuellen Corona-Regelungen. Kultureinrichtungen haben zum Wohl aller Menschen ihren Betrieb stark eingeschränkt oder eingestellt. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer beachten die geltenden Auflagen und versuchen ihre Produktion in der Pandemie aufrecht zu erhalten. Jeder Mensch hat das Recht nach seiner und ihrer Vorstellung zu leben. In dem Moment, wo diese Lebensart die Gesundheit anderer gefährdet, greift das Solidaritätsprinzip: Die Rücksicht auf die Gemeinschaft gilt mehr als die individuelle Freiheitsliebe.

Die Impfung gilt als nachweislich bester Schutz vor schweren Folgen einer Erkrankung mit Covid 19. Sie ist dazu die beste Möglichkeit, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und zu verhindern. Man kann sich für oder gegen eine Impfung entscheiden. Anders, als viele Impfgegner suggerieren, ist das jedoch nicht bloß eine individuelle Entscheidung, sie betrifft auch alle anderen Menschen, die mit dem Virus angesteckt werden können.

Die Bekämpfung der Pandemie geht alle an. Die Aufgabe kann nur gemeinsam bewältigt werden. Wir akzeptieren nicht, dass die Anstrengungen zur Eindämmung des Coronavirus durch das verantwortungslose Handeln Einzelner gefährdet werden. Wir vertrauen auf die Empfehlungen der Wissenschaft, um größeren Schaden von Vielen abzuwenden.

Wir haben das große Glück, in einer freien, friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Das Versammlungsrecht ist ein Grundrecht und hohes Gut sowie wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung. Sachliche Kritik an der Coronapolitik bzw. einzelnen Maßnahmen sind im Rahmen eines demokratischen Diskurses berechtigt und dringend geboten. Es ist keinesfalls unser Ansinnen, diese zu unterbinden. Dennoch muss allen klar sein: Die überregionalen Initiatorinnen und Initiatoren der Corona-Proteste nutzen die Pandemie als Vorwand, um Verschwörungsideologien zu verbreiten, demo-

kratische Prozesse zu diskreditieren und die Gesellschaft zu spalten. Teils gehen sie aggressiv gegen Polizeikräfte und Medienschaffende vor und versuchen Andersdenkende einzuschüchtern. Die Unterzeichnenden verurteilen jede verbale und körperliche Gewalt scharf. Wer im vermeintlichen Schutz der Anonymität Straftaten begeht, der stellt sich gegen unsere Wertegemeinschaft.

Wir rufen daher die Düsseldorfer Bevölkerung auf, sich nicht an Anti-Corona-Demonstrationen und sogenannten „Spaziergängen“ zu beteiligen, die von Rechtsextremen organisiert oder unterwandert werden und bei denen die Hygieneauflagen missachtet werden. Wer mit Rechtsextremen und Demokratiefeinden mitläuft, macht sich schuldig und gefährdet unsere Demokratie!

In der Vergangenheit haben viele Tausende Düsseldorferinnen und Düsseldorfer schon oft ihr Gesicht auf der Straße gegen Antisemitismus, Rassismus und Geschichtsrevisionismus gezeigt. Als Düsseldorferinnen und Düsseldorfer stehen wir auch jetzt zusammen und treten für unsere gemeinsamen Werte ein, ohne Andere in Gefahr zu bringen. Da das aktuelle Infektionsgeschehen größere Demonstrationen auf der Straße nicht zulässt, erheben wir mit diesem offenen Brief unsere Stimme gegen Menschen, die Corona leugnen und Verschwörungstheorien verbreiten, sowie gegen Antisemiten und rechtsextreme Ideologen.

Wir müssen die Pandemie gemeinsam bekämpfen und ihre negativen Auswirkungen auf das Wohl unserer Gesellschaft eindämmen. Bitte übernehmen Sie Verantwortung, seien Sie solidarisch und lassen Sie sich impfen! Damit schützen Sie sich, Ihre Familien, Ihren Freundes- und Kollegenkreis und andere Mitmenschen! Wir danken allen, die sich nach Kräften darum kümmern, dass wir die Pandemie in den Griff bekommen.

Superintendent Heinrich Fucks

Sprecher des Düsseldorfer Appells

Sigrid Wolf

stellv. Sprecherin des Düsseldorfer Appells

FDP vom 28. Januar

Gegner und Befürworter der Corona-Politik ziehen durch Düsseldorf

Tausende Gegner und Befürworter der Corona-Maßnahmen sind am Samstag in Düsseldorf auf die Straße gegangen. Etwa 4600 Personen schlossen sich nach Schätzung der Polizei der Demonstration gegen eine Impfpflicht an, die sich um 15 Uhr am Johannes-Rau-Platz versammelte. Zur selben Zeit kamen am Corneliusplatz die Gegenprotestler zusammen, nachdem erstmals CDU, Grüne, SPD, FDP und Linke sowie das linke Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ dazu aufgerufen hatten.

Man wolle ein Zeichen setzen gegen die Querdenker, die seit Wochen das Bild auf Düsseldorfs Straßen dominieren und „dem Tross von Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen, die durch unsere Stadt marschieren, die rote Karte zu zeigen“, hieß es. Etwa 900 Menschen schlossen sich laut Polizei dem Gegenprotest an, darunter auch die Landesvorsitzende der Grünen, Mona Neubaur, und die FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Bei der Kundgebung am nördlichen Ende der Königsallee sprach auch Heinrich Fucks, Superintendent der Evangelischen Kirche in Düsseldorf. Er zeigte Verständnis für die Corona-Maßnahmen-Kritiker, fand aber auch klare Worte gegenüber Rechtsextremisten. Er sei Corona leid, sagte Fucks, das habe er mit den Demonstranten gemeinsam. Die Pandemie bringe alle an ihre Grenzen und die Sehnsucht nach Lockerungen, nach Besuchen von Konzerten und vollen Restaurants, sei groß. „Das kann aber nur in Erfüllung gehen, wenn wir den Mut haben, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen“, sagte Fucks. Nur Impfen helfe bei der Bekämpfung der Pandemie, so der Superintendent. Wer unzufrieden sei, habe das gute Recht auf die Straße zu gehen. „Aber mit Verfassungsfeinden und Rechtsextremen geht man nicht, wenn man bei Verstand ist.“

Auf der Seite der Corona-Maßnahmen-Kritiker hielt man sich – im Vergleich zu vergangenen Protesten – mit politischen Symbolen am Samstag zurück. Teilnehmer von rechtsextremen Bewegungen wie der Bruderschaft Deutschland oder der Identitären Bewegung waren diesmal nicht zu sehen. Weiterhin fielen aber krude Vergleiche – etwa Impfen als Euthanasie oder Apartheid sowie der Begriff „Impf-Nazis“. Vornweg trugen viele Demonstranten OP-Kittel, um ihren Widerstand gegen eine Impfpflicht im Gesundheitswesen sichtbar zu machen. Zudem war eine Gruppe von Demonstranten mit gelben Westen mit der Aufschrift „Feuerwehr“ zu sehen.

Etwa die Hälfte der Teilnehmer hielt sich an die Maskenpflicht, die Polizei ahndete Verstöße und sprach auch Platzverweise aus. „Dabei kam es vereinzelt zu Widerstand“, teilte die Polizei mit. Insgesamt mussten acht Strafverfahren eingeleitet werden. Ansonsten seien die Versammlungen weitestgehend friedlich verlaufen, heißt es.

Entlang der Demonstrationsroute hatten sich erneut Anwohner platziert, um den Querdenkern die rote Karte zu zeigen. Am Fürstenwall etwa kamen geschätzt 50 Personen zusammen. In der vergangenen Woche hatte die Polizei

aufgrund dieser Gegenproteste, die nicht angemeldet waren, Anzeige gegen einzelne Anwohner erstattet. Um das zu vermeiden, wurden die Anwohnerproteste diesmal vorher als Versammlungen bei der Polizei angemeldet. Als Anmelder trat unter anderem der Landtagsabgeordnete Stefan Engstfeld (Grüne) auf.

Trotz der zeitgleichen Versammlungen und ähnlichen Routen – beide zogen über die Königsallee – stellte die Polizei sicher, dass die Demonstranten und Gegenprotestler nicht aufeinandertrafen. Bei der Schlusskundgebung des Bündnisses „Düsseldorf stellt sich quer“ am Oberbilker Markt sorgte außerdem der Auftritt des Rappers S Castro für Protest – einige Teilnehmer werfen ihm Israelfeindlichkeit vor.

Rund um die Altstadt und Stadtmitte waren zahlreiche Straßen abgesperrt und es kam bis zum Abend zu erheblichen Verkehrsbeeinträchtigungen. Autofahrer standen zum Teil eine Stunde im Stau. Auch auf diversen Bus- und Bahnlinien kam es zu Verspätungen. Die Rheinbahn richtete, wo es möglich war, Umleitungen ein.

Rheinische Post vom 5. Februar

CDU und FDP positionieren sich klar gegen Linksradikale

Ein breites Bündnis protestierte gegen die Corona-Demonstrationen in Düsseldorf. CDU und FDP grenzen sich von Parolen und Bannern von linksradikalen Gruppen ab.

CDU und FDP kritisieren die Mitwirkung von linksradikalen Gruppen beim Protest gegen die Corona-Demonstration am Samstag. Der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Peter Blumenrath berichtet von zahlreichen CDU-Mitgliedern, die ihr Entsetzen über Parolen auf der Gegen-Demonstration geäußert hätten, zu der ursprünglich das linke Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ (DSSQ) aufgerufen hatte.

„Wir unterstützen ein klares Zeichen gegen Rechts, die DSSQ-Gegendemo sehen wir jedoch eher kritisch“, sagt Blumenrath. „Ich möchte eindringlich davor warnen, dass Linksradikale den Aufmarsch der Querdenker nutzen, um sich als gesellschaftliche Mitte zu verkaufen“. Die CDU lehne Rechts- und Linksradikalität ab.

CDU, SPD, Grüne, FDP und Linkspartei hatten am Dienstag erstmals gemeinsam zum Protest gegen den – so hieß es im Aufruf – „Tross von Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen“ aufgerufen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei Gegen-Demonstrationen angekündigt gewesen: DSSQ hatte einen Zug angemeldet, der auf dem Corneliusplatz startete. Zugleich demonstrieren seit Wochen Anwohner an der Strecke. Da nicht alle Parteien den Aufruf des linken Bündnisses unterstützen wollten, wurden beide Alternativen genannt.

Dass in der linken Demonstration Banner wie „Kapitalismus überwinden“ getragen wurden, erregte dennoch Widerspruch im bürgerlichen Lager. FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann beklagte bei „Antenne Düsseldorf“, der eigentliche Zweck der Demonstration, nämlich Farbe gegen Rechts zu zeigen, werde unterwandert.



Oliver Ongaro von DSSQ bewertet das anders. Alle Beteiligten seien sich einig gewesen, dass ein Zeichen gegen Rechtsradikale und Verschwörungstheoretiker gesetzt werden muss. „Das war ein großer Erfolg.“ Dass es daneben unterschiedliche Ansichten zur Bewältigung der Pandemie gebe, sei zu erwarten gewesen.

Am Samstag waren nach Polizeiangaben rund 4600 Teilnehmer der Corona-Demonstration durch die Stadt gezogen, die Zahl der Gegendemonstranten schätzt die Polizei auf rund 900. Für Samstag ist wieder eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen angekündigt. Der Grünen-Politiker Stefan Engstfeld kündigt an, dagegen wieder Protest an der Strecke anzumelden. Diesmal solle es Mahnwachen an festen Orten geben. Ein zusätzlicher Aufzug von DSSQ ist bislang nicht geplant.

Rheinische Post vom 7. Februar

Düsseldorf und Essen streiten weiter ums Deutsche Fotoinstitut

FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann und die ehemalige Kulturstaatsministerin Monika Grütters bleiben in der Standortfrage auf Konfrontationskurs.

Kürzlich hatte sich die FDP-Bundespolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, sie war auch Erste Bürgermeisterin Düsseldorfs, zu Wort gemeldet. Dabei wies sie nachdrücklich darauf hin, dass der Haushaltsausschuss des Bundes „mit dem Sperrvermerk zugunsten Düsseldorfs“ 41,5 Millionen Euro 2019 genehmigte. Voraussetzung war die Ko-Finanzierung des Landes mit noch einmal 41,5 Millionen Euro. Die wurde wenig später auch beschlossen, so dass seit Dezember 2019 für das DFI 83 Millionen Euro bereitstehen. Besonders scharf kritisiert die FDP-Politikerin die damalige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, die nach ihren Worten „urplötzlich ein Experten-Gutachten auflegte“, obgleich, so Strack-Zimmermann, bereits „alles in trockenen Tüchern“ war. Zudem gehe es nach ihren Worten „um völlig unterschiedliche Konzepte und Ideen“: Düsseldorf wolle mit seinem Projekt „die internationale Fotografie in die Zukunft transferieren, vernetzt, innovativ und digital – und nicht ein Foto-Mausoleum eröffnen“. Im Konzept von Monika Grütters gehe es vor allem um die Sicherung von Exzellenz-Nachlässen. Essen solle demnach „eine Art Marbach der Fotografie“ werden, so die FDP-Politikerin.

Rheinische Post vom 8. Februar

Viele Aktionen zum Tag der Kinderhospizarbeit

„Nicht nur in der Pandemie zeigt sich, wie wichtig es ist, dass wir uns um die Familien kümmern, deren Kinder schwer erkrankt sind und die besonderer Unterstützung bedürfen“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Schirmherrin des AKHD.

Seit 16 Jahren ist der 10. Februar der „Tag der Kinderhospizarbeit“. Symbol für diesen Tag ist das „grüne Band“, mit dem viele Düsseldorfer Organisationen auf das soziale Engagement der Hospize aufmerksam machen. So bestücken etwa die Feuerwehr und die Stadt Düsseldorf ihre Fuhrparks mit den grünen Bändern. Der Landtag spielt Informationen über die Kinderhospizarbeit auf ihrem LED-Außendisplay ein. Auch auf den Info-Bildschirmen der Rheinbahn werden Einspieler zu sehen sein. Die Bäckerei Hinkel verteilt mit jeder Brötchentüte grüne Bänder und Flyer an die Kunden. Die Bäckerei Terbuyken hüllt zudem gebackene Berliner in ein grünes Mantelkleid.



„Mit den Aktionen wird in der Öffentlichkeit ein sehr wichtiges Zeichen gesetzt und wir hoffen, dass viele Menschen auf den Tag der Kinderhospizarbeit aufmerksam werden“, sagt Nora May vom Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst (AKHD), deren Mitarbeiter viele Kinder und Jugendliche mit einer verkürzten Lebenserwartung begleiten. „Nicht nur in der Pandemie zeigt sich, wie wichtig es ist, dass wir uns um die Familien kümmern, deren Kinder schwer erkrankt sind und die besonderer Unterstützung bedürfen“, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Schirmherrin des AKHD.

In den Filialen des Burgerrestaurants Hans im Glück an der Hammer Straße und am Gustaf-Gründgens-Platz sollen Postkarten und Armbänder die Aufmerksamkeit auf den Verein Nestwärme lenken. Gäste können Bilder mit dem Band auf den Social-Media-Kanälen mit #gemeinsamfürnestwärme teilen und Zeichen der Unterstützung setzen. „Lebensverkürzend erkrankte Kinder werden häufig über Jahre zu Hause betreut und finden phasenweise Ruhe und Stärkung in stationären Kinderhospizen“, sagt Elisabeth Schuh, Mitgründerin von Nestwärme. „Mit unserer Arbeit wollen wir auch eine Stimme für die Kinder und deren Familien sein.“

Rheinische Post vom 9. Februar

Sanierung der Sporthalle in Niederheid: Ärger um ausfallende Sportstunden

Durch die Sanierung der Dreifachsporthalle im Sportpark Niederheid fällt für mehrere Schulen mindestens bis Ende Februar der Sportunterricht aus. Das berichtete die Verwaltung auf Anfrage von FDP-Ratsfrau Monika Lehmhaus im Schulausschuss.

Wer Monika Lehmhaus kennt, weiß, dass sich die FDP-Ratsfrau mit der Stellungnahme nicht zufriedengibt. Auf Nachfrage erfuhr sie nämlich, dass der Schulbus, der die Schüler der Holthausener Hauptschule nach Benrath bringen soll, nicht vor der Tür halten kann. „Wie viel Zeit bleibt dann noch übrig, wenn die Kinder erst ein paar Minuten zum Schulbus gehen, dann nach Benrath gefahren werden und in der Halle dann noch Geräte aufgestellt werden müssen. Und dann noch mal alles umgekehrt. Da bleibt selbst von einer Doppelstunde nicht viel übrig.“ Verkehrsdezernent Jochen Kral habe ihr zugesichert, sich um das Problem mit dem Bushalt kümmern zu wollen.

Lehmhaus ist auch Vorsitzende des Verein Sports Partnership, der sich darum kümmert, Schülerinnen und Schüler aus Stadtteilen mit sozialem Handlungsbedarf mehr in Bewegung zu bringen. Vor allem Förder- und Hauptschüler seien eher seltener in Sportvereinen zu finden. Umso wichtiger findet sie regelmäßigen Sportunterricht. Dabei sei das naheliegendste eine eigene Sporthalle. Die Hauptschule Itterstraße teilt sich eine Gymnastikhalle mit der Grundschule. Lehmhaus: „Die Zweifachhalle auf dem ehemaligen Sportplatz wurde der Schule vor Jahren eigentlich schon zugesagt.“

Rheinische Post vom 10. Februar

Düsseldorf träumt von der „Green Bridge“

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus hält den Entwurf für zu massiv, die Sicht auf Rhein und Stadt werde zerstört. Die Idee sei schon zu Zeiten von OB Erwin diskutiert und verworfen worden. „Ich kann mir eher vorstellen, die Franklinbrücke zu verbreitern und zu einer Living Bridge zu machen und so

zwei Stadtteile zu verbinden.“ Der ambitionierte Vorschlag einer bewohnbaren Brücke über den Rhein in Düsseldorf erfährt Lob, wird vor allem aber als Denkanstoß wahrgenommen. Vielleicht wird sie auch woanders gebaut.

Rheinische Post vom 10. Februar

Nach dem Sponsoren-Deal zwischen dem Rüstungskonzern Rheinmetall und der Stadttochter D.Live zeigt sich Düsseldorfs Politik weiter irritiert

Während Politiker von Grüne, SPD und Linkspartei eine Rückabwicklung des Deals fordern, fragt sich etwa Monika Lehmhaus von der FDP, wie der Deal zwischen der Stadttochter D.Live und Rheinmetall überhaupt zustande kommen konnte. Nach dem Sponsoren-Deal zwischen dem Rüstungskonzern Rheinmetall und der Stadttochter D.Live zeigt sich Düsseldorfs Politik weiter irritiert.

Am Freitag steigt eine (digitale) Sondersitzung zum Rheinmetall-Zoff. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern soll künftig die Erstliga-Handballer des Bergischen HC (Solingen-Wuppertal), die zurzeit im Rather Dome ihre Heimspiele austragen sponsern, aber unter anderem auch Düsseldorfer Jugendhandballteams „unterstützen“. Während Politiker von Grüne, SPD und Linkspartei eine Rückabwicklung des Deals fordern, fragt sich etwa Monika Lehmhaus von der FDP, wie der Deal zwischen der Stadttochter D.Live und Rheinmetall überhaupt zustande kommen konnte. „Es kann doch nicht sein, dass die Stadt als Gesellschafterin nichts von allem wusste“, so Lehmhaus, die für die Liberalen nicht nur im Sportausschuss sitzt, sondern auch im D.Live-Aufsichtsrat. Sie will morgen von OB Stephan Keller und von Stadtdirektor Burkhard Hintzsche (D.Live-Aufsichtsratsvorsitzender) Antworten haben.

In bilaterale Verträge eingemischt

Die FDP-Ratsfrau will „nicht bewerten, welcher Verein sich welchen Sponsor sucht“. Aber mutmaßlich sei es ja so, dass D.Live die Sponsorenverträge mit Rheinmetall unter Dach und Fach gebracht hat. Lehmhaus: „Wie kann man sich nur in bilaterale Verträge von Vereinen einmischen? Und dann noch bei einem Verein, der gar nicht aus Düsseldorf kommt?“ Die Autonomie des Sports, so die Politikerin, sei ein hohes Gut, „und das soll hier in Düsseldorf auch so bleiben“.

Neue Rheinzeitung vom 23. Februar

Marie-Agnes Strack-Zimmermann zum Angriff Russlands auf die Ukraine

Ich bin unendlich froh, dass sich die Bundesregierung nun dazu entschlossen hat, Exporten von militärischen Ausrüstungsgütern in die Ukraine zuzustimmen und sich mit den Partnern in der EU an der Abkoppelung Russlands aus SWIFT zu beteiligen. Das sind notwendige Schritte, die meine volle Unterstützung haben, nachdem ich persönlich bereits im Januar angemahnt hatte, über die Lieferung von Defensivwaffen nachzudenken.

Der verbrecherische Angriffskrieg Putins macht es absolut notwendig, dass die Bundesregierung ihre Position zu Waffenlieferungen an die dramatische Lage anpasst. Die Ausgrenzung Russlands aus SWIFT wird Putin und seine Elite weiter isolieren und empfindlich treffen. Wir werden der Ukraine nun alles an die Hand geben, was wir können. Auch ich habe mich nach meinen Forderungen im Januar nach Defensivwaffen an die offizielle Linie der Regierung gehalten,



da man Meinungsverschiedenheiten intern und nicht öffentlich klärt. Für mich sind die heutigen Entscheidungen eine große persönliche Erleichterung nach einem schwierigen Außenbild der letzten Tage.

Meine heutige Äußerung im Deutschlandfunk, Waffenlieferungen auszuschließen, bezog sich auf den aktuellen Ausrüstungsstand der Bundeswehr, die kaum etwas liefern kann. Ich bin froh, dass die Kapazitäten nun hochgefahren werden, um der Ukraine helfen zu können. Der einzig richtige Weg. Ebenso ist es ein dringend notwendiger Schritt, dass es in diesem Kontext nun einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, die Bundeswehr endlich ausreichend und angemessen auszustatten. Nachdem sie über Jahre kaputtgespart wurde, ein überfälliger Schritt. (MASZ)

FDP vom 26. Februar

März



Gastbeitrag zum Ukraine-Krieg: Strack-Zimmermann hält mögliche Rückkehr zur Wehrpflicht für kontraproduktiv

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sieht im Krieg in der Ukraine einen fundamentalen Umbruch. Ein Gastbeitrag.

Der Angriffskrieg der Russischen Armee gegen die Ukraine hat das weltweite Sicherheitsgefüge innerhalb weniger Tage von Grund auf verändert. Mit seinem Befehl zur völkerrechtswidrigen Invasion in ein friedliches und souveränes Nachbarland hat Wladimir Putin alle unsere Grundannahmen über ein friedliches Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent zerstört.

Diese fundamentalen Umbrüche haben es nötig gemacht, dass auch Deutschland seine Außen- und Sicherheitspolitik überdenkt und neu definiert. Dies musste innerhalb weniger Tage geschehen. Denn die ungeheuerlichen Kriegsverbrechen in der Ukraine haben eine entschlossene Reaktion verlangt – auch von Deutschland, das in der Vergangenheit immer abwartend reagiert hat und sich meist in der pazifistischen Vermittlerrolle gesehen hat. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine, die Zustimmung zu weitreichenden Sanktionen, wie dem Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr und die Errichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr und nicht zuletzt die sehr entschlossene Rede der Außenministerin vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sind Zeugnisse dieses sicherheitspolitischen Aufbruchs.

Die in diesen Tagen viel zitierte Zeitenwende bringt auch für die Bundeswehr massive Veränderungen mit sich. Denn plötzlich herrscht unmittelbar an der Außengrenze der NATO und der Europäischen Union ein Krieg, den wir alle über drei Jahrzehnte so nicht für möglich gehalten hätten. Wenngleich ich es für ausgeschlossen halte, dass sich die NATO aktiv an diesem Krieg beteiligt, ist der deutschen Bevölkerung mit enormer Wucht klargeworden, dass das Szenario der Landes- und Bündnisverteidigung kein theoretisches Relikt aus dem Kalten Krieg ist. Es ist notwendig, sich darauf vorzubereiten und vor allen Dingen über Streitkräfte zu verfügen, die in einem funktionierenden Bündnis das eigene Land und seine Verbündeten jederzeit verteidigen können.

Seit 2014 hat sich Deutschland bereits an dieser Refokussierung auf die Lan-

des- und Bündnisverteidigung versucht. Zu zögerlich, wie wir heute wissen. Denn auch acht Jahre nach dem Schock, den die Annexion der Krim bei uns hinterlassen hat, hat sich zwar einiges verbessert, im Ernstfall stünden wir aber immer noch „blank“ da, wie es der Heeresinspekteur in drastischen, aber deshalb nicht weniger treffenden Worten formuliert hat.

Dabei ist das Soll einer Bundeswehr, die nicht nur Auslandseinsätze bestreiten, sondern auch das Land verteidigen kann, schon lange definiert. Es fehlten bisher die Durchsetzungsfähigkeit, der gesellschaftliche Rückhalt, das Geld und letztendlich auch der unbedingte Wille der politischen Akteure, diese Pläne umzusetzen.

Heute sieht das anders aus. Die Bundesregierung hat nach kurzer Bedenkzeit einen äußerst klaren Kurs eingeschlagen. Die Errichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr über 100 Milliarden Euro ist ein klares Signal – in die Bundeswehr, in die Gesellschaft, aber auch nach außen an unsere Partner und Verbündete: Wir meinen es ernst. Und wir werden endlich die Verpflichtungen innerhalb des Bündnisses nicht nur als Richtschnur sehen, sondern als Minimum, das wir liefern müssen. Am deutlichsten wird das am Verteidigungshaushalt zu sehen sein. Die Zwei-Prozent-Quote der NATO wird in Zukunft durch Deutschland überschritten werden.

Viel wichtiger wird aber, dass Deutschland die Fähigkeiten, die wir dem Bündnis zugesichert haben, in voller Ausstattung bereithalten kann. Insgesamt wird es darauf ankommen, alle Bestände vollständig aufzufüllen. Das fängt bei der Bekleidung und der persönlichen Ausrüstung an und geht über die Munition und Ersatzteile bis hin zu den Fahrzeugen, Schiffen und Großwaffensystemen. Hinzukommen die zeitnah entstehenden Fähigkeitslücken aufgrund von baldigen Nutzungsdauerenden und bereits begonnenen Großprojekten. In der Bundeswehr hat sich durch das Strecken und Aufschieben von Projekten ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut, der jetzt abgebaut werden kann. Die erhebliche Summe von 100 Milliarden Euro ist also weder Anlass für Fantasie-Wunschlisten noch Grund, sich um eine vermeintliche Aufrüstung zu sorgen. Sie ist schlicht die notwendige Bedingung dafür, dass die Bundeswehr so ausgestattet ist, dass es ihrem Auftrag angemessen ist.

Dieser Auftrag besteht auch in Zukunft aus mehreren Komponenten und beschränkt sich nicht allein auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Internationale Einsätze zum Krisenmanagement und der Friedenssicherung gehören weiterhin genauso zu den Aufgaben der Bundeswehr wie die nationale Krisenvorsorge und der Heimatschutz.

Das Ziel – eine vollausgestattete Bundeswehr – bleibt also. Aber die Mittel werden erhöht und auch die Wege und Instrumente müssen sich ändern. Damit alle jetzt anstehenden Bemühungen wirken können, müssen wir den begonnenen Prozess zur Anpassung der Strukturen konsequent weiterführen. Prozesse innerhalb der Bundeswehr müssen vereinfacht und Führungsstrukturen verschlankt werden. Nur so kann die Bundeswehr eine moderne, schlagkräftige Armee sein.

Ich bin davon überzeugt, dass eine gut ausgerüstete Bundeswehr auch das richtige Personal anzieht. Denn Einsatzbereitschaft bedeutet Attraktivität. Darüber hinaus müssen wir darüber nachdenken, wie wir die Expertise von

Zeitsoldaten länger für die Bundeswehr nutzbar machen können. Durch die technische Entwicklung von Waffen und Waffensysteme ist der Soldatenbedarf an vielen Stellen hochspezialisiert und erfordert eine lange Ausbildung. Nicht zuletzt deswegen halte ich eine Rückkehr zur Wehrpflicht für kontraproduktiv und falsch. Die jetzige Situation mag viele an den Kalten Krieg erinnern. Aber es ist ein vollkommen neues Szenario mit einer eigenen Logik. Wir sollten darauf nicht mit Mitteln aus dem vergangenen Jahrhundert reagieren.

Rheinische Post vom 5. März



Städtepartnerschaft mit Tschernowitz

Diesem Antrag stimmt die FDP selbstverständlich zu. Beschlussdarstellung: Der Rat der Landeshauptstadt schlägt der Stadt Tschernowitz in der Ukraine eine formelle Städtepartnerschaft vor und beauftragt die Verwaltung eine Partnerschaftvereinbarung auszuarbeiten, die zum geeigneten Zeitpunkt von beiden Oberbürgermeistern unterschrieben werden soll.

FDP vom 10. März

Rheinmetall darf Sport-Sponsor in Düsseldorf bleiben

Die Grünen scheiterten mit dem Versuch, das Sponsoring des Rüstungskonzerns zu stoppen. Die kontroverse Debatte im Stadtrat stand unter dem Eindruck des Ukraine-Kriegs – und drehte sich auch um die Bedeutung des Konzerns für Düsseldorf.

(...) Dieser Wortbeitrag führte zu einer wütenden Gegenrede von Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Ratsfrau und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag. Eine friedliche Welt wollten wir alle, sagte sie. Das sei aber nicht die Realität. „Erklären sie das, was sie gerade gesagt haben, der Ukraine.“ Frieden sei nur möglich, wenn Deutschland sich verteidigen könne. (...) Monika Lehmhaus (FDP) sieht eine Verantwortung der Politik gegenüber dem Sport, der auf Sponsoren angewiesen sei. Sie betonte, dass die Vereine ohnehin selbst ihre Unterstützer wählen können – die Debatte kreise lediglich um ein Sponsoring bei Beteiligung von Stadttöchtern.

Rheinische Post vom 11. März

Politik will Bürgerzentrum für Digitalisierung

Der Ergänzungsantrag der FDP fand allerdings gegen Schwarz-Grün keine Mehrheit. Sebastian Rehne (FDP) hatte darin inhaltlich die IT-Strategie der Stadt sowie das Konzept Smart-City als Schwerpunktthema hervorgehoben. Zudem sollte die Stadt für „zielgerichtete Beteiligung der Öffentlichkeit“ samt Experten sorgen. „Wir wollen da kein Kaffeekränzchen für Nerds“, sagte der Politiker. Kritik äußerten die Vertreter etwa von SPD, Linken und FDP allerdings an einem zu „allgemeinen und beliebigen Ansatz“, der letztlich Vertreter aller gesellschaftlichen Bereiche anspreche.

In Düsseldorf soll ein Zentrum entstehen, in dem Bürgern die Digitalisierung näher gebracht wird. Mit großer Mehrheit hat der Digitalisierungsausschuss am Dienstagabend für einen Antrag von CDU und Grünen gestimmt. Die Stadt hat damit den Auftrag bekommen, ein städtisches Gebäude in zentraler Lage vorzuschlagen, das sich „als Plattform, Begegnungsort und Reallabor“ eignet.

Rheinische Post vom 16. März

Darum streiten CDU und FDP um die Schulhof-Nutzung

Ein Antrag der Liberalen, eine beaufsichtigte Nutzung von Schulhöfen auch an Wochenenden sowie an Nachmittagen bis zur Dämmerung zu ermöglichen und dafür die städtische Nutzungsordnung zu ändern, hat am Dienstag im Schulausschuss zu einem emotionalen Schlagabtausch geführt.

[...] Lehmhaus konterte, dass es für Heranwachsende ab zehn Jahren uninteressant sei, auf den Hof einer Grundschule zu gehen. Es gehe vor allem um die weiterführenden Schulen. Und dort scheitere die Öffnung immer wieder an der fehlenden Aufsicht. Dafür fühlten sich die Ämter oft nicht zuständig. Und aus Angst vor Nachbarschaftsbeschwerden oder Vandalismus würde die zusätzliche Nutzung dann vermieden.

Rheinische Post vom 16. März

Strack-Zimmermann als FDP-Vorsitzende in Düsseldorf wiedergewählt

Die Bundestagsabgeordnete erzielte mit 75,5 Prozent ein deutlich schlechteres Ergebnis als bei der letzten Wahl, zeigte sich aber zufrieden. Auch ihre beiden Stellvertreter wurden wiedergewählt. Das Thema Impfpflicht sorgte auf dem Parteitag für Debatten.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bleibt weiterhin Kreisvorsitzende der Düsseldorfer FDP. Beim Kreisparteitag am Samstag erhielt sie allerdings nur 75,5 Prozent der Stimmen der Anwesenden – deutlich weniger als 2020, als sie noch 90 Prozent erzielt hatte. „Ich freue mich über das Vertrauen“, sagte sie nach der Wahl: „Und denen, die mir nicht vertrauen: Daran arbeite ich noch.“ Die Liberale betonte, mit dem Ergebnis insgesamt sehr zufrieden zu sein, und vermutete die auch in der FDP kontrovers geführte Debatte über die Impfpflicht als einen Grund für die geringere Zustimmung. „Das ist eine hochemotionale Debatte, und ich bin sehr exponiert“, sagte Strack-Zimmermann am Rande der Veranstaltung. Sie hat sich deutlich für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen. In den Reden beim Parteitag hatte es auch Wortmeldungen gegen die Impfpflicht gegeben.

Auch die stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbandes wurden wiedergewählt: Michael Dimitrov und Moritz Kracht; ebenso Christoph Schork als Schatzmeister und Christine Rachner als Schriftführerin.

Große Zustimmung und viel Applaus gab es für die Wortmeldung von Daria Jablonowska. Die gebürtige Ukrainerin rief die Anwesenden dazu auf, weiterhin die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und die Ukraine zu unterstützen. Sie widersprach der Formulierung, es handele sich nur um einen Krieg Putins: „Es ist ein Krieg Russlands.“ Der russische Präsident habe seit Jahren auch ohne Wahlfälschung hohe Zustimmungswerte.

Heute haben wir auf unserem Parteitag einen neuen Kreisvorstand gewählt: Als Kreisvorsitzende wurde Marie-Agnes Strack-Zimmermann im Amt bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Michael Dimitrov und Moritz Kracht. Auch Christoph Schork als Schatzmeister und Dr. Christine Rachner wurden im Amt bestätigt. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer:innen Dagmar Saschek, Laura Litzius, Mirko Rohloff und Matthias Lambert. Gratulation!

Rheinische Post vom 19. März





Politik stimmt für neue Wohnraumquote

Sebastian Rehne von der FDP sah – neben grundsätzlicher Zustimmung – wie die CDU Handlungsbedarf bei der preisgedämpften Obergrenze. „Die Mitte der Gesellschaft kommt zu kurz.“ Ein zufriedenstellender Ansatz müsse noch ermittelt werden, auch innerhalb seiner Partei. Deshalb erfolgte sein Antrag, die politische Entscheidung in den Rat zu verschieben. Der Wohnungsausschuss hat sich am Montag als erstes politisches Fachgremium für eine höhere Quote von bezahlbarem Wohnraum bei Neubauprojekten ausgesprochen. CDU und Grüne stimmten mit ihrer Mehrheit für die im Auftrag der Politik von der Stadt erarbeitete Beschlussvorlage. Die SPD nahm nicht an der Abstimmung teil. Die Partei begründete das damit, dass Schwarz-Grün sowohl dem Wunsch der SPD als auch der FDP nicht entsprochen hatte, die Entscheidung in den Stadtrat zu schieben, wo Anfang April die endgültige Entscheidung fallen wird. Die FDP enthielt sich aus dem Grund.

Rheinische Post vom 22. März

FDP-Ratsfraktion schlägt, gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Britta Zur als Dezernentin für Sport und Bürgerservices vor.

Die FDP-Ratsfraktion Düsseldorf begrüßt, dass sich die von ihnen favorisierte Kandidatin Britta Zur im Bewerbungsprozess durchgesetzt hat und nun von Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller dem Rat als Dezernentin für Sport und Bürgerservices vorgeschlagen wird.

Fraktionschef Manfred Neuenhaus: „Wir gratulieren Britta Zur herzlich zur Nominierung. Als Polizeipräsidentin in Gelsenkirchen hat Britta Zur bewiesen, dass Sie eine Behörde mit 1700 Mitarbeitenden führen kann, zukunftsfest aufzustellen weiß und dabei immer den Service an den Bürgerinnen und Bürgern im Blick behält.“ Neuenhaus: „Britta Zur hat durch ihre liberale Haltung und ihr umsichtiges und konsequentes Handeln in der Vergangenheit bewiesen, dass sie hervorragend zu unserer weltoffenen Stadt passt. Gleichzeitig verfügt sie über ein sehr gutes Netzwerk in Düsseldorf. Davon können dann auch alle Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger und der Sport in Düsseldorf nur profitieren.“

FDP vom 28. März

April

Fraktionssitzung wieder in Präsenz

Corona und Krieg in der Ukraine – wir leben in schweren Zeiten. Umso größer war die Freude nach 2 Jahren endlich mit allen Kolleginnen und Kollegen wieder zusammenzukommen. Um die besondere Bedeutung dieser Sitzung hervorzuheben, traf sich die Fraktion nicht im Rathaus, sondern im „Malkasten“. Ein wichtiger Abend für unsere gemeinsame Arbeit.

FDP vom 7. April

Britta Zur neue Beigeordnete

Britta Zur war von der FDP-Fraktion vorgeschlagen worden – durchaus überraschend, da man sie für die Zuständigkeitsbereiche des in dieser Zusammensetzung neu geschaffenen Dezernates nicht auf dem Schirm hatte. FDP-Frak-

tionschef Manfred Neuenhaus hatte ihre Tätigkeit als Polizeipräsidentin als Beleg angeführt, dass Zur eine Behörde mit 1700 Mitarbeitenden führen könne und zukunftsfest aufzustellen wisse. Er bescheinigte ihr zudem eine „liberale Haltung“ und „umsichtiges und konsequentes Handeln“ in der Vergangenheit. Für sie sprach zudem ihr großes Netzwerk in Düsseldorf, wo sie nach wie vor lebt und zwölf Jahre lang in der Justiz tätig war.

Für Britta Zur stimmte eine breite Mehrheit, die Fraktionen von Partei/Klima und der Linken enthielten sich, die AfD stimmte gegen die Kandidatin. „Ich freue mich auf die Aufgabe, die vor mir liegt“, sagte die neue Dezernentin; das gelte für die Themengebiete ebenso wie für die vielen neuen Menschen, auf die sie nun treffen wird. „Und ich freue mich vor allem, endlich in und für Düsseldorf zu arbeiten.“

FDP vom 8. April

SPD will keine Maßnahmen gegen Thomas Geisel ergreifen

Die Düsseldorfer CDU fordert von der SPD, sie müsse nach Thomas Geisels umstrittenem Blog-Beitrag ihr Verhältnis zu ihrem ehemaligen Spitzenmann klären. Ordnungsmaßnahmen lehnt der Düsseldorfer Co-Parteichef Oliver Schreiber jedoch ab. Thomas Geisel hat seinen umstrittenen Blogbeitrag über den ukrainischen Botschafter zurückgezogen, die politische Diskussion ist damit jedoch nicht beendet. Die Düsseldorfer CDU ist der Auffassung, es reiche nicht, dass sich die SPD von den Thesen Geisels distanzieren. Sie müsse sich von Geisel selbst distanzieren und dies auch durch Parteiordnungsmaßnahmen zum Ausdruck bringen. Nur so werde klar, dass für solche Meinungen kein Platz in ihren Reihen sei. Geisel hatte einen Blog-Beitrag mit dem Titel „Es reicht, Herr Melnyk“ verfasst und darin den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk kritisiert. Der 2020 abgewählte ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister hatte unter anderem die russischen Gräueltaten von Butscha (410 zivile Opfer) mit anderen Kriegsverbrechen mit mehr Opfern wie Srebrenica, My Lai und Babijar (Babyn Jar) verglichen und auch die Bombardierung Dresdens im gleichen Atemzug genannt. Diese Ereignisse drohten durch „die ukrainische Genozid-Rhetorik“ bagatellisiert zu werden, befand Geisel.

Die Düsseldorfer SPD hatte sich am Sonntag von dem 58-Jährigen distanziert, ebenso rückte Thomas Kutschaty, SPD-Chef der SPD und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, von ihm ab. Er forderte eine Richtigstellung von Geisel und bat ihn, den Beitrag zurückzuziehen. Dem ist Geisel nachgekommen, verwies aber darauf, dass der Beitrag seine Privatauffassung gewesen sei. Er bekannte jedoch, dass „Vergleiche mit noch monströseren Verbrechen und Opferzahlen ... da wohl in der Tat nicht angebracht“ seien.

In der FDP, von 2014 bis 2020 Kooperationspartner der SPD im Düsseldorfer Stadtrat, herrscht „Fassungslosigkeit angesichts der Relativierungen Geisels“. Fraktionschef Manfred Neuenhaus denkt an München 1938 und die gescheiterte Appeasement-Politik. Er rät Geisel, endgültig mit der Politik aufzuhören: „Er kann das nicht.“ Geisel habe die demokratische Plattform verlassen.

Die CDU kritisiert, es finde sich in Geisels neuerlicher Stellungnahme kein Wort der Entschuldigung. Vermeintliche Einsichten würden im selben Satz relativiert. Die SPD sieht jedoch keinen Anlass, weiter gegen Geisel vorzugehen. Die Düsseldorfer wie die Landespartei hätten deutlich gemacht, was sie von Geisels Äußerung hielten, sagt Oliver Schreiber, der die Düsseldorfer Sozialdemo-



kraten gemeinsam mit Annika Maus führt. „Damit ist es jetzt gut.“ Schreiber sagt, er sei kein Freund von Parteiordnungsverfahren. Sie beruhten auf einem Bundesgesetz und bedeuteten etwa bei Ausschlussverfahren jahrelange Auseinandersetzungen. Das habe der Fall Thilo Sarrazin (bis 2020 SPD) gezeigt. Bei Boris Palmer, dem Tübinger Oberbürgermeister, soll jetzt die Parteimitgliedschaft bis Ende 2023 ruhen. Es sollen im nächsten Jahr Gespräche darüber geführt werden, wie Palmer umstrittene Meinungen äußern kann, ohne die Grundsätze der Partei zu verletzen.

Rheinische Post vom 25. April

Mai

Darum soll Düsseldorf mindestens eine weitere Gesamtschule erhalten

Deutliches Kontra gab es im Schulausschuss am Dienstag nur von der FDP. Schulexperte Mirko Rohloff bezweifelte die Berechnungen der anderen Parteien. „Mit der Gesamtschule in Heerd und der geplanten Erweiterung der Josef-Beuys-Gesamtschule in Oberbilk von vier auf sechs Züge wird die bestehende Lücke bald geschlossen, der Bedarf ist dann bereits gedeckt“, sagte der Liberale und plädierte stattdessen für einen Ausbau der Gymnasialkapazitäten. „Dass Düsseldorfer nach Mettmann zum Gymnasium fahren müssen oder zwei Mal umberaten werden, ist einfach eine Zumutung.“ Die schwarz-grüne Mehrheit in Düsseldorf setzt auf einen weiteren Standort rund um die City, weil das Platzangebot bei Gesamtschulen stadtwweit nicht ausreicht. Die SPD steht hinter den Plänen. Doch es gibt auch Kritiker.

Rheinische Post vom 4. Mai

Juni



MONIKA LEHMANN
FDP-RATSFRAKTION
DÜSSELDORF: LERNASSISTENZ
FÜR UKRAINISCHE
SCHULKINDER



ULF MONTANUS
ANFRAGE DER FDP-
RATSFRAKTION DÜSSELDORF:
"UPCYCLING STATT
ABFLUSSROHR"



MANFRED NEUENHAUS
FDP-RATSFRAKTION
DÜSSELDORF: MEHR
RÜCKSICHT AUF ZU FUSS
GEHENDE



MANFRED JAN NEUENHAUS
FDP-RATSFRAKTION
DÜSSELDORF: JUGENDLICHE
FRÜHZEITIG FÜR KULTUR
BEGEISTERN



SEBASTIAN REHNE
FDP-RATSFRAKTION
DÜSSELDORF: DIGITALISIERUNG
IN DER VERWALTUNG ZU
LANGSAM



CHRISTINE RÄCHNER
FDP-RATSFRAKTION
DÜSSELDORF:
REGENBOGENFAMILIENGERECHTE
AUSSTATTUNG IN
KINDERTAGESEINRICHTUNGEN



MANFRED NEUENHAUS FDP-RATSFRAKTION DÜSSELDORF
EVANGELISCHER KIRCHENTAG:
FDP WILL STÄDTISCHEN
ZUSCHUSS HALBIEREN



MANFRED NEUENHAUS FDP-RATSFRAKTION DÜSSELDORF
AUFWERTUNG DES BERTHA-
VON-SUTTNER-
PLATZES

August

Entscheidung über Düsseldorfer Stadtstrände bahnt sich an

Vor allem der Strand auf der Wiese vor dem KIT sorgt seit dem Start im Jahr 2019 für Kontroversen. Anwohner der Carlstadt um die „Initiative Lebenskultur“ beklagen Lärm, Wildpinkler und bringen das Angebot mit den Sicherheitsproblemen an der Rheinuferpromenade in Zusammenhang. Prominente Kritikerin ist FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die eine „Verballermannisierung der Rheinuferpromenade“ beklagte.

Die drei Stadtstrände am Rheinufer können auf eine Verlängerung ihres Vertrags hoffen. „Von Seiten der Stadt besteht eine positive Tendenz zur Fortführung“, erklärte ein Stadtsprecher auf Anfrage unserer Redaktion. Allerdings soll die Gastronomie am Rheinufer, um die seit Jahren eine Kontroverse tobt, offenbar überarbeitet werden. Die Rede ist von „inhaltlichen und optischen Optimierungen“. Darüber werde mit den Betreibern gesprochen, teilt die Stadt mit.

Rheinische Post vom 1. August

Gesundheitsamt ohne Leitung – Politik besorgt

Dem Düsseldorfer Gesundheitsamt fehlt seit längerer Zeit eine Leitung. FDP-Ratsfrau Christine Rachner sieht Verzögerungen bei der Besetzung der Stelle, was in der Pandemie problematisch sei. Die Stadtspitze schweigt zum Stand des Verfahrens.

Die andauernde Vakanz an der Spitze des Gesundheitsamtes sorgt in der Politik für Unruhe. „Es hieß immer, dass die Stelle zum 1. August besetzt sein solle – aber es ist bisher nicht im Geringsten in Sicht, dass das passieren wird“, sagt FDP-Ratsfrau und Gesundheitsexpertin Christine Rachner. Sie hat den Eindruck, dass das Bewerbungsverfahren ins Stocken geraten sein könnte – und sieht darin angesichts der Corona-Lage eine extrem unglückliche Situation. „In der aktuellen Lage mit der schwierigen Corona-Entwicklung bin ich aber der Meinung, dass wir auf jeden Fall einen kundigen Mediziner an der Spitze dieses Amtes brauchen, der Dampf macht und die Dinge angeht.“ Das gelte auch für Themen jenseits der Pandemie, etwa die Frage der Digitalisierung in der Medizin.

Rheinische Post vom 1. August

Multifunktionale Sportflächen: Mehr Platz für Sport in Düsseldorf

Alle zehn Stadtbezirke sollen eine öffentliche Sportfläche mit vielen verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten erhalten. Ein Überblick über das, was es schon gibt, was noch kommt und wie es danach weitergeht.

Was folgte, war eine Pause: Mit Corona kamen auch die Arbeiten an den MFS zum Erliegen. Für Sportausschussmitglied und Ratsfrau Monika Lehmhaus (FDP) ist das nur schwer zu erklären. Gerade während der Pandemie, als viele Sportvereine und Fitnesscenter in Zwangspause waren und der Sport von vielen ohnehin nach draußen verlegt worden war, hätte es verstärkte Bemühungen benötigt, um weitere Flächen für den Sport zu schaffen. Stattdessen sei es bei den MFS kaum vorangegangen.

Rheinische Post vom 1. August



Kritik an Bertha-von-Suttner-Platz: Verdreckte Bahnhofsrückseite macht Düsseldorfer Politik ratlos

Der Auszug der Zentralbibliothek und der anstehende Auszug der Volkshochschule bedeuten einen Umbruch. Aus Sicht der FDP der richtige Anlass für eine Neugestaltung: „Der Platz wirkt abgewrackt“, beklagte Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Der Bertha-von-Suttner-Platz gilt als dreckig und heruntergekommen. Die FDP scheiterte aber mit dem Antrag auf eine Neugestaltung. Die Ratsmehrheit will warten – und die städtische Chefplanerin sieht ein großes Hindernis. Der Zustand des Bertha-von-Suttner-Platzes hinter dem Hauptbahnhof ist miserabel – aber daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Das ist das ernüchternde Ergebnis eines Vorstoßes der FDP. Die in der Opposition befindlichen Liberalen forderten im Stadtrat vergeblich einen neuen Anlauf für eine Umgestaltung. Dass die überfällig wäre, ist in der Politik unstrittig. Die Ratsmehrheit aus CDU und Grünen lehnte den Antrag dennoch ab und begründete das damit, dass sie erst abwarten wolle, welche neuen Nutzer bald in die frei werdenden Immobilien einziehen. Planungsdezernentin Cornelia Zuschke machte ohnehin wenig Hoffnung, dass sich viel bewegen lässt.

Rheinische Post vom 2. August



Harter Streit um den Evangelischen Kirchentag im Stadtrat

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus verteidigte den Antrag. „Wir werden in Deutschland das Verhältnis von Kirche und Staat neu definieren“, sagte er. Dabei gehe es auch um die Finanzbeziehungen beider Seiten. Es werde sich etwas ändern. „Und damit können wir hier schon einmal beginnen.“ Auch die Liberalen hätten das Ereignis gerne in der Stadt, „aber die Kirche wird bis 2027 in der Lage sein, gut zwei Millionen Euro mehr aufzuwenden“.

Düsseldorf kann 2027 das Glaubensfest ausrichten. Nach emotionaler Debatte sprach sich im Rat eine klare Mehrheit für den umstrittenen Millionen-Zuschuss aus. Am Ende war das Signal klar: Die Landeshauptstadt will den Kirchentag an den Rhein holen und ist bereit, dafür Geld in die Hand zu nehmen und Sachleistungen kostenfrei anzubieten. Doch zeigte die Diskussion im Plenarsaal des Rates eben auch, dass sich das Verhältnis von Gesellschaft und Kirchen in einem spürbaren Veränderungsprozess befindet.

Der FDP gehen diese Zusicherungen zu weit. Sie hat einen Änderungsantrag formuliert und möchte die direkten Zuwendungen aus dem Stadtsäckel auf zwei Millionen Euro begrenzen. „Wir haben inzwischen in Düsseldorf eine angespannte Haushaltslage, in der es nicht so laufen kann, dass wir die Forderungen der Kirche beim Thema Finanzierung einfach übernehmen“, sagt Fraktionschef Manfred Neuenhaus. Kirchen hätten einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert, den die Liberalen achteten. „Aber sie ist durchaus in der Lage, einen höheren Eigenanteil zu übernehmen“, meint der Ratsherr.

So weit wie der religionskritische Düsseldorfer Aufklärungsdienst (DA), der am Dienstag vor dem Rathaus gegen jedwede staatliche Mitfinanzierung des Kirchentages protestierte, will Neuenhaus aber nicht gehen. Düsseldorf profitiere von dem Treffen ideell und finanziell. „Natürlich ist ein solches Event förderwürdig, aber über die Höhe muss man reden“, sagt er.

Rheinische Post vom 3. August

Britta Zur startet als neue Beigeordnete

Britta Zur, im April 2022 vom Rat mit großer Mehrheit auf Vorschlag der FDP und des Oberbürgermeisters zur Beigeordneten gewählt, hat am 1. August ihren Dienst angetreten. Sie leitet das neu formierte Dezernat für Bürgerservice und Sport. Das Dezernat beinhaltet das Amt für Einwohnerwesen und das Sportamt.

Dem Amt für Einwohnerwesen sind einige Fachbereiche zuzuordnen, die nach außen oft als eigenständige Ämter wahrgenommen werden. So sind darin neben den Bürgerbüros auch das Standesamt und das Straßenverkehrsamt mit Fahrerlaubnisbehörde, Verkehrsgewerbebehörde und der Kfz-Zulassung enthalten.

Zur war seit Ende 2019 Polizeipräsidentin in Gelsenkirchen und stand damit an der Spitze einer Behörde mit 1.700 Mitarbeitenden. Zuvor war sie zwölf Jahre in der Düsseldorfer Justiz tätig – zunächst als Richterin, zuletzt ab 2009 als Staatsanwältin und ab 2018 zusätzlich als Sprecherin der Staatsanwaltschaft Düsseldorf.

Die Wahl-Düsseldorferin und Mutter zweier Kinder hat Rechtswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn studiert und ihr Rechtsreferendariat am Landgericht Krefeld absolviert.

FDP vom 4. August

Historische Leuchten in Düsseldorf: Was die Fürsprecher der Gaslaternen zu der neuen Debatte um den Abbau sagen

Die Düsseldorfer Jonges haben vor Jahren intensiv für den Erhalt der Laternen gekämpft und warnen nun vor Schnellschüssen. Auch FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist für einen Erhalt. Ähnlich wie die Jonges argumentiert auch die Düsseldorfer FDP-Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann. „Es sollte jetzt bloß keinen Schnellschuss bei den Gaslaternen geben“, sagt sie. Die Laternen hätten große historische Bedeutung. Strack-Zimmermann erinnert wie Rolshoven daran, dass sich viele Düsseldorfer für den Erhalt stark gemacht hätten. „Wir sollten wegen der aktuellen Situation jetzt nichts übers Knie brechen.“

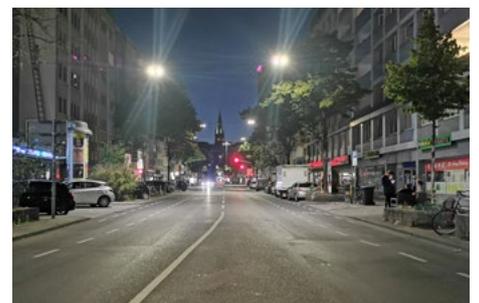
Die FDP-Ratsfraktion setzt sich seit Jahren für der Erhalt der Gasbeleuchtung ein und unterstützt die Ziele der Initiative Düsseldorf Gaslicht.

Rheinische Post vom 8. August

Neuenhaus: CDU und GRÜNE vollziehen eine Verkehrswende ohne die Menschen mitzunehmen – das wird im Chaos enden.

Der Grundfehler der Verkehrspolitik von CDU und Grünen: Sie wollen den motorisierten Verkehr aus der Stadt drängen ohne dass es genügend Alternativen im ÖPNV gibt. Parkplätze in der Stadt sollen jetzt beseitigt werden und die Planung von neuen Quartiersgaragen beginnt grade erst – viel zu zögerlich. Diese Politik halten wir für chaotisch. Sie macht vielen Menschen in Düsseldorf das Leben schwer und wird auch nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden erzeugen. Wir sind der Meinung: Erster und wichtigster Schritt zu einer Verkehrswende ist der Ausbau des ÖPNV. Er muss zuverlässig, pünktlich und sicher sein. Die Angebote im ÖPNV müssen deutlich ausgeweitet werden.

FDP vom 9. August





Geteiltes Echo auf Kellers Parkplatz-Ideen

Von den Oppositionsparteien kommt Kritik, so heißt es von der FDP, die CDU sei auf Schlingerkurs. FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus betont, alle wollten in zehn Jahren weniger Autos in der Stadt haben, aber Schwarz-Grün fehle die Struktur, denn die Ratsmehrheit schaffe erst Parkplätze ab und frage dann, wie es weitergehe. Dabei stoße sie Pendlern vor den Kopf, auf die Düsseldorf dringend angewiesen sei. Bei der CDU sei keine klare Linie mehr zu erkennen, den Grünen seien die Folgen ihrer Eingriffe für die Menschen, die in der Stadt wohnten oder in die Stadt kommen wollten, relativ egal. „Die Rücksichtslosigkeit des Verkehrsplaners Tamms, der nach dem Krieg die autogerechte Stadt wollte, wiederholt sich jetzt unter umgekehrten Vorzeichen.“

Rheinische Post vom 9. August

Düsseldorf sucht dringend Ausweich-Parkplätze

Die Stadtverwaltung soll in Flingern-Nord und Bilk mehr Parkraum abseits der Straßen auftreiben – damit der Umbau für eine Verkehrswende weitergehen kann. Aber ist das in den engen Innenstadtvierteln überhaupt realistisch?

Eine Abhilfe für die überlasteten Straßen in den Gründerzeitvierteln bahnte sich bislang aber nicht an. Das zeigte kürzlich auch eine Anfrage der FDP. Sie wollte im Frühjahr wissen, welche Standorte für Anwohnerquartiersgaragen im Stadtbezirk 2 (Flingern/Düsseltal) im Raum stehen. Die Antwort fiel ernüchternd aus: „In den letzten fünf Jahren wurden, auch aufgrund fehlender geeigneter städtischer Flächen, keine neuen Standorte geprüft“. Im Ordnungs- und Verkehrsausschuss löste das Thema zum wiederholten Male eine Debatte aus. Manfred Neuenhaus (FDP) warf der Ratsmehrheit vor, viel zu spät mit der Idee zu kommen. Man könne nicht zuerst über den Umbau der Quartiere reden und erst danach mit der Suche nach Ausweich-Parkplätzen anfangen. „Die Leute fühlen sich verspottet.“

Rheinische Post vom 9. August

Düsseldorfer Rat stimmt im September über Heine-Platz ab

Manfred Neuenhaus (FDP) kritisierte hingegen, dass das Konzept kaum positive Veränderungen beinhalte. „Wir halten die Verkehrsführung für nicht akzeptabel“, sagte Neuenhaus, kritisierte ebenso wie Martin Volkenrath von der SPD deutlich den geplanten „Lichthof“ und die tragende Rolle von Investor Signa – und resümierte: „Hier hätte ein großer Wurf gelingen können, was wir hier vorfinden, ist aber leider davon weit entfernt.“

An der geplanten Umgestaltung des Heinrich-Heine-Platzes in der Düsseldorfer Altstadt gibt es weiter viel Kritik – dennoch soll im September der Rat über ein überarbeitetes Konzept abstimmen. Im zuständigen Ausschuss wurde jetzt erneut deutlich, wie umstritten die Pläne sind. Die umstrittene Umgestaltung des Heinrich-Heine-Platzes rückt näher: Am Mittwoch verwiesen die Mitglieder des Ordnungs- und Verkehrsausschusses in einer gemeinsamen Sitzung mit der Bezirksvertretung 1 ein überarbeitetes Konzept der Verwaltung zur Debatte an weitere Gremien und an den Stadtrat, der am 8. September darüber abstimmen soll. Die Stadt will ihre Planungen noch im September beenden und die Umgestaltung des Platzes dann an den Handelskonzern Signa abgeben, der den Großteil der Finanzierung stellt.

Wann die Arbeiten beginnen, ist noch nicht klar, mit einer Fertigstellung wird dem Vernehmen nach erst 2024 gerechnet. Das Konzept ist umstritten, die Opposition hatte geschlossen dagegen gestimmt, das schwarz-grüne Ratsbündnis befürwortet sie jedoch. Unter anderem soll der Heine-Platz eine Vertiefung, den „Lichthof“ bekommen. Zudem soll die Verkehrsführung rund um den Platz verändert werden.

Nach einer Präsentation des Amtes für Verkehrsmanagement unter anderem zu Projektelementen und Lichtkonzept zeigte sich in der Debatte, dass auch das überarbeitete Konzept nicht alle überzeugte. Von einem Ergebnis, das eine erhebliche Verbesserung in vielen Bereichen darstelle, sprach Andreas Hartnigk (CDU). Manfred Neuenhaus (FDP) kritisierte hingegen, dass das Konzept kaum positive Veränderungen beinhalte.

„Wir halten die Verkehrsführung für nicht akzeptabel“, sagte Neuenhaus, kritisierte ebenso wie Martin Volkenrath von der SPD deutlich den geplanten „Lichthof“ und die tragende Rolle von Investor Signa – und resümierte: „Hier hätte ein großer Wurf gelingen können, was wir hier vorfinden, ist aber leider davon weit entfernt.“

Rheinische Post vom 18. August

Klimawandel in Düsseldorf : Wettlauf gegen die Hitze

„Es gibt Vorbilder in anderen Städten und Ländern, die wir uns auch vor Ort, etwa in Paris, schon angesehen haben“, sagt Ulf Montanus (FDP). Die Maßnahmen, die dort schon erprobt seien, müssten auch hier rasch umgesetzt werden. „Das reicht von Kälteinseln über Brumisateure, aber vor allem eine intensivere Begrünung und Verschattung“, so Montanus.

Die Klimasituation habe sich verschlechtert und man müsse bei den Vorhaben darauf achten, dass diese auch nachhaltig gedacht seien. „Wenn irgendwann das Trinkwasser doch knapper werden sollte, werden wir es uns vielleicht nicht mehr leisten können, Brumisateure zu betreiben“, sagt er.

Der Klimawandel bringt auch in Düsseldorf immer mehr Hitzewellen. Mit Wasserneblern will die Politik gegen die Erhitzung von Plätzen vorgehen. Was verschafft der Landeshauptstadt noch Kühlung? Fast alle Fraktionen haben im Umweltausschuss die perforierten Wasserschläuche befürwortet, die lokaler und flexibler eingesetzt werden können als festinstallierte Wassernebler.

Rheinische Post vom 19. August

Invictus Games in Düsseldorf: FDP fordert günstigen Eintritt in Museen für Soldaten

Die FDP will den Eintritt in Museen und andere städtische Einrichtungen für Soldatinnen und Soldaten günstiger machen. Das soll auch im Zuge der Invictus Games passieren, die im September 2023 in Düsseldorf stattfinden.

Die FDP fordert ein reduziertes Eintrittsgeld in städtische Einrichtungen wie Museen und Schwimmbäder für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Die Ratsfraktion will einen entsprechenden Antrag in die Ratssitzung am 8. September einbringen. Alle aktiven Soldaten, Veteranen und Reservisten könnten dann die Einrichtungen der Stadt Düsseldorf zu einem günstigeren Ein-



trittsgeld besuchen. Ebenso würden die Mitglieder in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften – zu denen auch die Bäder gehören – gebeten, die Regel auch dort anzuwenden.

Düsseldorf ist Gastgeberstadt für die Invictus Games im kommenden Jahr. Damit wird das Sportfestival für versehrte Soldatinnen und Soldaten vom 9. bis 16. September 2023 erstmals in Deutschland stattfinden. 500 Teilnehmer aus mehr als 20 Nationen werden dazu mit ihren Familien anreisen. Initiiert wurde das Event von Prinz Harry, Duke of Sussex, der selbst als Soldat bei der britischen Armee und als Offizier im Auslandseinsatz war.

Ziel der Spiele ist es, den verwundeten, verletzten und erkrankten Soldaten eine größere Wahrnehmung und Anerkennung teilwerden zu lassen, heißt es von der FDP. In diesem Zuge wolle man auch mit der Reduzierung der Eintrittsgelder ein Zeichen setzen und dem Einsatz der Soldaten für „Freiheit und Frieden bei der Landes- und Bündnisverteidigung, in internationalen Einsätzen und beim Einsatz im Krisen- und Katastrophenfall im Innern“ mit Respekt begegnen, begründet die FDP den Antrag.

Am 6. September 2022 findet diesbezüglich die öffentliche Veranstaltung „1 Jahr vor den Invictus Games“ in Düsseldorf statt und bereitet die Stadt auf die Wettkämpfe vor.

Rheinische Post vom 19. August

Schadowstraße: FDP möchte Tempolimit für Radfahrer

Der Radweg über die Schadowstraße in der Düsseldorfer Innenstadt steht in der Kritik. Die FDP möchte nun Tempo 10 für Radfahrer anordnen. Ein Vorbild gibt es in Berlin.

Die FDP macht einen neuen Vorschlag in der Diskussion um den Radweg über die Schadowstraße: Sie beantragt ein Tempolimit von 10 km/h für den Radverkehr auf dem Stück, auf dem die Räder durch die Fußgängerzone fahren. Dies ist aus Sicht der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung 1 eine pragmatische Lösung zur Vermeidung von Zusammenstößen. Schilder mit Tempo 10 könnten Radfahrer „zu einem reduzierten Fahrtempo anhalten und gleichzeitig die Fußgänger warnen, dass es sich in der Mitte der Straße um einen Radweg handelt“, heißt es in dem Antrag, über den die Bezirksvertretung am Freitag abstimmt.

Düsseldorf versucht auf der Schadowstraße eine besondere Konstruktion mit einem tagsüber nur für Radfahrer freigegebenen Fahrstreifen auf der Mitte der belebten Shopping-Meile. Seit dem Start gibt es Kritik, die Stadt hat bereits eine Überarbeitung angekündigt, die den Radstreifen sichtbarer machen soll. Ob ein Tempolimit für den Radverkehr überhaupt zulässig ist, wird gerade gerichtlich in Berlin geklärt. Nach einer Häufung von Unfällen auf einer Straße in Kreuzberg stehen dort entsprechende Schilder.

Ein Radfahrer hat dagegen geklagt und argumentiert, er fühle sich unangemessen behindert, da Räder keine Tachometer hätten und sich ohnehin niemand an die Vorgabe halte. Er scheiterte bei einer ersten Entscheidung im Eilverfahren im Juli.

Rheinische Post vom 22. August



FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Woher kommt die denn?

Marie-Agnes Strack-Zimmermann mischt den Berliner Politikbetrieb auf. In Düsseldorf wundert das niemanden. Die Stationen eines politischen Aufstiegs von Gerresheim in die Weltpolitik.

Es ist kaum möglich, den Fernseher anzuschalten, ohne Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu sehen. Die Verteidigungspolitikerin der FDP gehört zu den führenden Stimmen beim Umgang mit dem Ukraine-Krieg – und zu den bekanntesten Gesichtern der neuen Regierungskoalition.

Es ist ein plötzlicher und überraschender Auftritt auf der großen politischen Bühne. Andererseits: Auch als Kommunalpolitikerin galt Strack-Zimmermann als Ausnahmeerscheinung. Wie kam sie nach oben? Und wie viel Düsseldorf steckt in ihrem Politikstil? Ein ungewöhnlicher Aufstieg in fünf Stationen.

Rheinische Post vom 22. August

Stadtmitarbeiter sollen zum Energiesparen angehalten werden

Die Politik will, dass bei der Arbeit am Computer weniger Strom verbraucht wird. Um das Ziel zu erreichen, sollen nun mehrere konkrete Schritte folgen. Auf Widerspruch stieß dieser Punkt vor allem bei der FDP, die ihm auch nicht zustimmte. Sebastian Rehne fragte in Richtung Schwarz-Grün: „Was ist das eigentlich für ein Bild von unseren Mitarbeitern in der Stadtverwaltung? Das sind Leute, die mitdenken. Das Thema ist präsent. Da brauchen wir nicht die tägliche E-Mail: Macht das Licht aus.“ So werde das Thema vergrämt. Zudem verbräuche die tägliche Mail mit Energiespartipps überflüssiger Weise Strom. Rehne kritisierte zudem, dass nicht konkret benannt werde, wie viel Geld mit welchen Mitteln bereitgestellt werden soll. Laut Antrag sollen Fördermöglichkeiten geprüft werden. „Kosten oder eventuelle Zuschussbedarfe könnten aus dem Klimaschutzetat freigegeben werden.“

Rheinische Post vom 24. August

Pilotprojekt in Düsseldorf: Welche Stadtteilbüchereien bald auch sonntags öffnen sollen

Manfred Neuenhaus (FDP) freut sich darüber, dass mit Unterbach auch ein Standort außerhalb der Innenstadt im Gespräch ist. „Mein Wahlkreis ist in Unterbach und am Wochenende ist auf dem zentralen Platz, wo sich auch die Bücherei befindet, fast nichts los“, sagt er, „wenn die Bücherei dann erst einmal aufhat, wird das den Stadtteil beleben.“

Im Vordergrund moderner Bibliotheken steht das niedrighwellige Angebot eines Lern- und Begegnungsortes. Ziel der Freien Demokraten ist es daher, alle Düsseldorfer Büchereien auch an Sonntagen, Feiertagen und samstags zu öffnen. Gleichzeitig sollen die Öffnungszeiten in den Abendstunden verlängert werden. Gerade für Familien, Jugendliche und Senioren werden bessere Öffnungszeiten von großem Vorteil sein.

Rheinische Post vom 25. August



Neuer Streit um Song „Layla“: Freiheit kontra Menschenwürde

Wie wichtig die Diskussion um „Layla“ trotzdem ist, zeigte sich jetzt im Gleichstellungsausschuss. Dort gerieten mit der FDP-Ratsfrau Christine Rachner und der Gleichstellungsbeauftragten Elisabeth Wilfart zwei Frauen aneinander, die beide zunächst einmal dasselbe sagen: „Dieses Lied ist eindeutig sexistisch.“ Doch bei den Konsequenzen kommen die beiden nicht zueinander. Und das liegt daran, dass sie das Verhältnis von Freiheit und Menschenwürde unterschiedlich akzentuieren. Rachner bewegt sich dabei innerhalb des Freiheitsbegriffs ihrer Partei. Und ist nicht weit entfernt von der Argumentation des liberalen Bundesjustizministers. Marco Buschmann hatte im Juli getwittert, man könne Schlagertexte „doof oder geschmacklos“ finden. Ein behördliches Verbot sei aber „eins zu viel“.

Rheinische Post vom 1. September

Politik sucht das „Mehr“ im neuen Opernhaus

Das starke Interesse an weiteren Nutzungen der neuen Oper ist politisch umstritten. FDP-Kulturpolitiker Manfred Neuenhaus kritisiert, dass die Ratsmehrheit sich zu stark auf eine Ausweitung des Projekts konzentriert. Durch das immer längere Verfahren gehe zu viel Zeit verloren. „Das soll eine Oper werden und kein soziokulturelles Zentrum“, sagt Neuenhaus. „Das verliert Schwarz-Grün aus dem Blick.“ Dabei dränge angesichts des miserablen Zustands des heutigen Opernhauses die Zeit.

Rheinische Post vom 8. September



Der geplante Neubau der Oper löste erneut eine hitzige Debatte aus

Diskutiert wurde vorwiegend über den Änderungsantrag von CDU und Grünen, die eine Öffnung des Opernhauses für weitere Bereiche fordern und wollen, dass beim Planungswettbewerb dieses „Mehr“ der Oper eine wichtige Rolle spielt. SPD und FDP stießen sich an den aus ihrer Sicht immer schwammiger und vager werdenden Vorschlägen der schwarz-grünen Ratsmehrheit. Frederike Möller (Grüne) sprach sich dafür aus, das neue Opernhaus für alle zu öffnen, sie sprach von einem „Musikhaus“.

Dieser Begriff stieß besonders bei Manfred Neuenhaus (FDP) auf Protest: Sein Eindruck ist, dass die Ratsmehrheit nicht einig ist, was sie will. „Wir führen hier doch keine Debatte mehr um die Oper – vielmehr scheint es, als würden die Probleme der Koalition auf dem Rücken dieses Projektes ausgegossen.“

Kulturdezernentin Koch betonte, dass das Bestandsgebäude entgegen der Äußerungen etwa von Manfred Neuenhaus nicht in einem derart desolaten Zustand sei, dass es in absehbarer Zeit nicht mehr bespielt werden könne. Dieser konterte, dass es nicht wirtschaftlich sei, in ein Gebäude, das abgerissen werden soll, noch jahrelang Millionenbeträge zu stecken.

Rheinische Post vom 10. September

FDP-Ratsfraktion spricht sich gegen eine Bettensteuer in Düsseldorf aus

Zur geplanten Beherbergungssteuer in Düsseldorf sagt FDP-Ratsherr und stellv. Fraktionsvorsitzende Mirko Rohloff: „Die Hotellerie in Düsseldorf ist durch die Coronapandemie und die Energiekrise bereits stark belastet. Düsseldorf steht bei Städtereisen in einem harten Wettbewerb mit anderen Destinationen, gerade jetzt in Zeiten steigender Inflation. Die geplante Bettensteuer ist daher das falsche Instrument zum völlig falschen Zeitpunkt, um den städtischen Haushalt zu sanieren.“ Mirko Rohloff bezeichnet die geplante Beherbergungssteuer als „Ohrfeige für die ohnehin schon gebeutelte Hotelbranche in unserer Stadt“. Die Freien Demokraten werden im Rat diese Steuer ablehnen. „Bei einem erwarteten Ergebnis von 6 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Bettensteuer, steht der immense Aufwand für Erhebung und Verwaltung, bei einem Etat von über 3 Milliarden Euro, auch in keinerlei Verhältnis zum erwarteten Ertrag. Düsseldorf braucht keine Bettensteuer, sondern sollte bei den eigenen Ausgaben sparen“, so Mirko Rohloff.

FDP vom 14. September

Rheinufersperrpromenade wird doch nicht verlängert

Die Verlängerung der Rheinufersperrpromenade ist vom Tisch, damit ist ein großes Stadtplanungsprojekt in Düsseldorf Opfer neuer Sparzwänge geworden. Massive Kritik kommt von Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Völlig anders sieht sie es, die sich seit Jahren für das Promenaden-Projekt starkmacht. Als Oberbürgermeister-Kandidatin kündigte sie im Interview mit unserer Redaktion 2020 an, den Plan im Falle ihrer Wahl „sofort“ umsetzen zu wollen.

Schon das vom damaligen OB Thomas Geisel initiierte Projekt blaugrüner Ring gefiel ihr aufgrund der langfristigen Anlage nicht. Jetzt sagt Strack-Zimmermann: „Das ist ein Armutszeugnis und ein Zeichen von großer Fantasielosigkeit von Schwarz-Grün.“ Es gebe abgesehen von der Oper, mit der es auch nicht vorangehe, „keine große Idee, unsere Stadt städtebaulich in die 30er- Jahre zu führen. So ambitionslos rutscht Düsseldorf ins Mittelmaß.“ Zudem seien es die Großprojekte wie Rheinufersperrpromenade und zuletzt der Kö-Bogen gewesen, die Düsseldorf attraktiv gemacht hätten. Die finanziellen Nöte der Stadt lässt die Ratsfrau und Kreisvorsitzende der FDP nicht als Begründung für die „Beerdigung“ der längeren Rheinufersperrpromenade gelten. Das Geld müsse nicht morgen ausgegeben werden, es gehe zunächst darum, die Pläne voranzutreiben. „Es geht zudem um städtebaulichen Fortschritt, das ist nicht nur nice to have. In einer Großstadt ist es das A und O, Räume für die Menschen zu schaffen, in denen sie sich wohlfühlen.“

Rheinische Post vom 22. September

Trauer um früheren Düsseldorfer Bürgermeister Friedrich Conzen

Die FDP-Ratsfraktion trauert um Friedrich Conzen. Er war über viele Jahre ein verlässlicher politischer Partner in unserer Zusammenarbeit mit CDU. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Barbara und seiner Familie. Manfred Neuenhaus (FDP), politischer Partner in der Elbers-Zeit und Conzens Nachfolger als Kulturausschussvorsitzender, erinnert sich an eine faire Zusammenarbeit mit dem CDU-Politiker. „Der Umgang mit ihm war äußerst angenehm.“ Außerdem würdigt Neuenhaus den hohen Einsatz Conzens für die Kunstszene. „Für die Kultur hat Friedrich Conzen alles gegeben, das war seine Leidenschaft.“

FDP vom 26. September



Kostet das Anwohnerparken in Düsseldorf bald 500 Euro?

Die FDP lehnt die Pläne ab. „Das ist unverantwortlich“, sagt Fraktionschef Manfred Neuenhaus. „Es ist Politik für Reiche und trifft die, die ohnehin zu kämpfen haben.“ Aus seiner Sicht kommt der Schritt zudem zu früh, da die Alternativen für Autofahrer noch zu wenig ausgebaut sind. „Die Verkehrswende ist noch nicht an dieser Stelle“, meint er.

Noch in diesem Jahr will die Düsseldorfer Politik für eine Verkehrswende die Parkgebühren drastisch erhöhen. Zugleich sollen immer mehr bislang kostenlose Parkplätze bewirtschaftet werden. Ist dafür jetzt der richtige Zeitpunkt?

Rheinische Post vom 27. September

Gesundheitsamt 14 Monate ohne Leitung

FDP-Ratsfrau und Gesundheitsexpertin Christine Rachner hatte bereits im Juli auf die vakante Position hingewiesen und sich besorgt gezeigt. Problematisch sei eben nicht nur die Pandemie-Lage, sondern auch, dass anderer gesundheitspolitische Fragen vorangetrieben werden müssten. Mehr als ein Jahr nach der Beurlaubung des früheren Amtsleiters ist der Posten im Düsseldorfer Gesundheitsamt noch immer frei – während ein weiterer Corona-Herbst droht. Auch für mehrere andere wichtige Ämter wird ein neuer Chef oder eine Chefin gesucht.

Rheinische Post vom 30. September

Oktober



Senioren in Knittkuhl für Online-Einkauf geschult

Damit auch ältere Menschen in Knittkuhl bei einem Online-Supermarkt bestellen können, vermittelte die FDP die richtige Handhabung mit dem Handy. Rund 30 Personen wollten sich das nicht entgehen lassen.

Knittkuhl ist bekanntermaßen nicht gesegnet mit guter Infrastruktur, vor allen Dingen einen Supermarkt vermissen viele, gerade ältere Menschen, die nicht so mobil sind, im Dorf. Auf Initiative der FDP-Ratsfrau Christine Rachner hat nun ein Online-Supermarkt reagiert und sein Liefergebiet erweitert: Ab sofort wird auch Knittkuhl mit frischen Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs beliefert.

Um die seit vielen Jahren existierende Versorgungslücke im Stadtteil zu schließen, initiierte Rachner das Pilotprojekt „Nahversorgung in Randgebieten“ und nahm Kontakt zu verschiedenen Lieferservices auf – und zumindest bei einem hatte sie Erfolg, sodass die 2000 Einwohner von Knittkuhl nun bei Bedarf auch ihre Lebensmittel bestellen können.

Um allen Interessenten aber auch die Handhabung mit dem Handy näher zu bringen – gerade älteren Menschen fällt das nicht immer so leicht –, hat die FDP in Knittkuhl nun eine Digital-Schulung veranstaltet. „Die große Resonanz auf unsere Aktion hat gezeigt, wie nötig eine Lösung für den Stadtteil ist. Es hat Spaß gemacht, gemeinsam für die älteren Knittkühler neue Möglichkeiten der Digitalisierung zu entdecken“, erklärt Rachner. Es sei offensichtlich, dass der Bedarf vorhanden ist, die Handhabung digitaler Medien mit dem Alltag zu verknüpfen.

Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird Rächner von der Erfahrung berichten und beantragen, dass die Stadt untersucht, inwiefern Angebote dieser Art für weitere Stadtbezirke in den Randbezirken umsetzbar sind. Denn Knittkuhl ist nicht der einzige Stadtteil, der von einer funktionierenden Infrastruktur weitgehend abgeschnitten ist.

Rheinische Post vom 18. Oktober

Entscheidung über Anwohnerparkgebühren in Düsseldorf wird verschoben

Die FDP-Ratsfraktion lehnt eine Erhöhung der Anwohnerparkgebühren ab. CDU und Grüne wollen von Verkehrsdezernent Jochen Kral ein Konzept für eine Parkraumbewirtschaftung – und erst später über die Gebühren sprechen. Im Ausschuss gingen die Erwartungen auseinander. SPD und Linke befinden die Pläne grundsätzlich positiv. Anders die FDP. Fraktionschef Manfred Neuenhaus sagte, die Berufspendler hielten Düsseldorf am Laufen. Es sei völlig unklar, wo sie bald parken sollen. Auch die Alternativen wie die Rheinbahn seien noch nicht genug ausgebaut.

Rheinische Post vom 27. Oktober



November

„Die neue Oper gehört nicht auf den Verschiebebahnhof“

Der Freundeskreis der Oper fordert die Einhaltung des Zeitplans für die Errichtung des Opern-Neubaus. Er spricht sich zudem dafür aus, das Gebäude am heutigen Standort der Oper an der Heinrich-Heine-Allee zu errichten und nicht am Wehrhahn. „Die Oper darf nicht auf dem politischen Verschiebe-Bahnhof landen“, sagt Monika Lehmhaus, die für die FDP im Stadtrat sitzt und Vize-Vorsitzende des Freundeskreises ist. Hintergrund: Die Standortentscheidung ist mittlerweile um mehr als ein Jahr verschoben worden. Die Oper soll aber, wie die Stadtspitze versicherte, nach wie vor Anfang 2030 eröffnet werden.

Rheinische Post vom 2. November

Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) zieht nach zwei Jahren im Amt Zwischenbilanz

FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus sagt, dass Keller sich in der Altstadt bemühe, ihm aber die Unterstützung der Grünen fehle. Es fehle ein Gesamtkonzept, auch die versprochene Innenstadtkonferenz habe es nicht gegeben. Hauptkritik von Neuenhaus: Die Debatte um höhere Gebühren gehe an der Realität der Menschen vorbei, ihnen müsse Keller Signale senden, wie sie besser über den Winter kommen – etwa durch niedrigere Eintrittspreise für Bäder oder Museen. Die Einrichtungen hätten die Menschen doch durch ihre Steuern schon bezahlt. „Ansonsten aber tut Kellers ruhige und unaufgeregte Art der Stadt gut.“

Rheinische Post vom 9. November

Art:card soll deutlich teurer werden – Oper für fünf Euro?

Die Preise für die Art:card in Düsseldorf sollen deutlich steigen. Daran übt die FDP scharfe Kritik. Kultur dürfe gerade in Krisenzeiten nicht teurer werden. Die Liberalen schlagen vor, einige Oper- und Theaterkarten für fünf Euro zu verkaufen. Im Finanzausschuss kritisierte FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus am Montag die

Pläne der Verwaltung, die Preise für die Art:card von 80 auf 100 Euro pro Jahr zu erhöhen. „Es ist das komplett falsche Signal, in Krisenzeiten mit hoher Inflation die Preise für die kulturelle Teilhabe zu erhöhen“, sagte Neuenhaus. „Im Rat werden wir den Antrag stellen, dass nicht genutzte Opern- oder Theaterkarten aus den beiden niedrigen Preissegmenten bereits zehn Tage vor der Vorstellung für fünf Euro verkauft werden“, sagte Neuenhaus am Rande der Sitzung.

Rheinische Post vom 10. November

Foto-Institut kommt doch nach Düsseldorf

In Berlin hat sich die Düsseldorfer Ratsfrau und FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann von Anbeginn maßgeblich für die Vergabe des DFI an Düsseldorf eingesetzt. „Ich freue mich, dass jetzt das Deutsche Foto-Institut in der Landeshauptstadt Realität werden kann“, sagte die Bundestagsabgeordnete unserer Redaktion. Sie sei dankbar, dass die Bundesregierung weitere Mittel zur Verfügung stelle und auch das Land NRW mitziehe. 2019 beschloss Bund und Land, insgesamt 83 Millionen Euro für ein Deutsches Foto-Institut in Düsseldorf bereitzustellen. Dann begann ein Kampf mit dem Konkurrenzstandort Essen. Jetzt ist der Knoten durchschlagen.

Rheinische Post vom 11. November

Viel Kritik an Vorstoß zu Burkinis in Düsseldorfer Bädern

Ähnlich sieht das die FDP, wie Fraktionsvorsitz Manfred Neuenhaus sagt: Der Rat habe in Krisenzeiten wichtige Themen zu besprechen, dies gehöre nicht dazu. „Deshalb lehnen wir den Antrag ab und werden ihn auch nicht diskutieren.“ Die Düsseldorfer AfD-Fraktion fordert ein Burkini-Verbot in den Bädern der Stadt. Dafür gibt es breite Kritik aus anderen Fraktionen. Auch die Bädergesellschaft sieht dafür keine Notwendigkeit.

Rheinische Post vom 12. November

Das Thema Sicherheit in der Altstadt lässt der FDP keine Ruhe

Marie-Agnes Strack-Zimmermann will Tempo machen. Zwar seien Fortschritte erkennbar, insgesamt gehe es aber zu langsam voran, sagte sie. Es dürfe nicht hingenommen werden, dass Bürger die Altstadt mieden, weil sie keine Lust darauf hätten, „von irgendwelchen Voll-Pfosten angemacht zu werden, die spätestens ab Mitternacht die Altstadt unsicher machen“. Der Antrag, die wichtigen Themen mithilfe einer Innenstadt-Konferenz effektiver voranzutreiben, wurde mit breiter Mehrheit angenommen.

FDP vom 18. November

Kultur-Kosten Die Art:Card

Die Art:Card, die für einen pauschalen Preis ganzjährig einen freien Eintritt in städtische Museen und Kultureinrichtungen ermöglicht, wird teurer. Gegen die Stimmen von SPD, FDP, Linke und Tierschutz/Freie Wähler beschloss die Mehrheit, den Preis für die Einzelkarte von 80 auf 100 Euro pro Jahr zu erhöhen. Im Hauptausschuss hatte FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus den Kostenanstieg massiv kritisiert. Es sei das komplett falsche Signal, in Krisenzeiten mit hoher Inflation die Preise für die kulturelle Teilhabe zu erhöhen, hatte der Liberale argumentiert. Im Rat wurde gestern auf eine erneute Debatte verzichtet.

Rheinische Post vom 18. November



Messe-Chef verteidigt Teilnahme iranischer Firmen an Medica

Unterstützung erhielten die Kritiker von der Düsseldorfer FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags. Sie sprach von einem „Ungding“. Es müsse geklärt werden, wie es zu dieser Genehmigung kommen konnte. Es sei nicht zu tolerieren, dass ein Regime, das Menschenrechte mit Füßen trete und Frauen töte, im liberalen Düsseldorf für sich werben könne. Während das Regime im Iran auf die eigene Bevölkerung schießen lässt, versuchen zeitgleich iranische Firmen aus der Medizinbranche Geschäfte auf der Düsseldorfer Medica zu machen. Das stößt vielfach auf Unverständnis und Empörung. Doch der Messe-Chef bezieht klar Stellung.

Rheinische Post vom 21. November

Warum die Düsseldorfer Ratsleute beim Thema Compliance nachbessern wollen

Das schätzt FDP-Fraktionschef Manfred Neuenhaus ähnlich ein und ergänzt: „Nachrücker, die erst nach Beginn der Wahlperiode in eine Fraktion kamen, haben das Verwaltungsformular, auf dem die Angaben eingetragen werden müssen, nicht bekommen. „Niemand sollte unterstellen, dass hier Angaben bewusst verschwiegen werden. Wer ein solches Mandat übernimmt, weiß, dass er sämtliche Gesetze genau zu beachten hat“, sagt Neuenhaus. Auch gehe es bei der nun von der Verwaltung erbetenen Hilfestellung nicht darum, die Verantwortung abzuwälzen. In der Pflicht stehe immer der jeweilige Mandatsträger, der für aktuelle und vollständige Angaben sorgen müsse. „Ich bin sicher, dass die Liste in zwei oder drei Wochen keine Lücken mehr aufweisen wird“, meint der Liberale. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, müssen Mandatsträger bestimmte Tätigkeiten offenlegen. Doch in der für jedermann einsehbaren Liste der Stadt gibt es bei einigen Politikern Lücken.

Rheinische Post vom 21. November

Kritik an hohen Kosten für das neue Luisen-Gymnasium in Düsseldorf

Die Kosten von rund 106 Millionen Euro für den Neubau des Luisen-Gymnasiums an der Völklinger Straße lösen Kritik aus. Im Schulausschuss fragte am Dienstag FDP-Schulexperte Mirko Rohloff: „Können wir uns eine solche Ausgabe angesichts der angespannten Haushaltslage tatsächlich leisten?“ Und seine Fraktionskollegin Monika Lehmhaus ergänzte: „Wir haben keinen Zweifel am neuen Standort, aber wir brauchen in Düsseldorf noch mehr Schulen und wir haben viele marode Gebäude, die noch aufwendig saniert werden müssen.“ Dies sei eine Situation, in der „zumindest einer auch mal auf die Kohle gucken muss“.

Rohloff nannte als Vergleich den geplanten Neubau eines Gymnasiums an der Aldekerkstraße in Heerdt. Dieser sei beim Thema Raumbedarf mit der Völklinger Straße durchaus vergleichbar, trotzdem kalkuliere man hier mit 68 Millionen Euro. Kritisch bewerten die Liberalen auch die mit gut neun Millionen Euro angegebenen Folgekosten an der Völklinger Straße. „Wie kann das bei einem energetisch hochmodern konzipierten Gebäude sein?“, fragte Rohloff.

Rheinische Post vom 23. November



Telematikinfrastuktur für das Gesundheitsamt

1. Es soll geprüft werden, wie das Gesundheitsamt an die Telematikinfrastuktur angebunden wird.
2. Dabei sollen Schnittstellen zum Kommunikationsdienst KIM (Kommunikation im Medizinwesen) vorgesehen werden, über die medizinische Dokumente elektronisch und sicher über die Telematikinfrastuktur (TI) zu versenden und zu empfangen sind.
3. Dafür sollen 50.000€ zur Evaluierung, auch unter besonderer Berücksichtigung von Beantragung von Fördergeldern, in den Haushalt eingestellt werden.

Generationenübergreifendes Miteinander

Um intergenerative Ansätze zu Handlungsmaximen in allen Verwaltungsbereichen auszubauen, wird die Verwaltung beauftragt, diese dezernatsübergreifend zu identifizieren, zu bündeln und Ziele zu formulieren. In allen Fachausschüssen sollen die Projekte präsentiert werden.

Die Federführung soll beim neuen Amt (Amt 50+51) liegen. Dafür werden 50.000 Euro in den Haushalt eingestellt, um in 2023 dem Rat einige Projekte zur Umsetzung vorschlagen zu können. Für die fortfolgenden Jahre soll die Verwaltung alles Weitere aus dem laufenden Etat finanzieren, weil ihre Planung dann grundsätzlich intergenerativ sein wird.

Da hierfür noch kein geeignetes Konto existiert, wird vorgeschlagen diese Haushaltsmittel beim Produkt Seniorenarbeit 31 315 01 (Konto 53181200) bereitzustellen.

Quartiersarbeit in Grafenberg/Knittkuhl

Haushaltsantrag der Ratsfraktionen von FDP und SPD:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt:

Die Finanzmittel für das Zentrum plus Ludenberg sollen um 23.000 Euro aufgestockt werden. Mit diesen zusätzlichen Mitteln sollen die Angebote des Quartierprojektes im „Rund“ koordiniert und gebündelt werden, um mit Hilfe der aufsuchenden Arbeit so viele Seniorinnen und Senioren in Grafenberg beim Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu stärken.

Hierfür werden beim Produkt Seniorenarbeit 31 315 01 (Konto 53181200) für das Jahr 2023 23.000 Euro zusätzlich bereitgestellt. Über diesen Prozess ist dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales ein abschließender Bericht vorzulegen.

Düsseldorfer Modell

Die FDP-Ratsfraktion beantragt die Erhöhung des Haushaltsansatzes Produkt 4242101, Konto 52910000 Düsseldorfer Modell um 50.000 Euro, um die benötigte Bewegungsförderung für sozial benachteiligte Kinder an Haupt- und Förderschulen umzusetzen



Mehreinnahmen Oper und Schauspielhaus

1. Der Rat bittet die städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat der Deutschen Oper am Rhein darauf hinzuwirken, dass Eintrittskarten der Kategorie „blau“ (Platzgruppe G), die eine Woche vor der jeweiligen Veranstaltung nicht verkauft wurden, für einen Preis von 5 Euro angeboten werden.
2. Der Rat bittet die städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat des Schauspielhauses darauf hinzuwirken, dass Eintrittskarten der Kategorie „gelb“ (Platzgruppe 5), die eine Woche vor der jeweiligen Veranstaltung nicht verkauft wurden, für einen Preis von 5 Euro angeboten werden.

Standort Fotoinstitut

Falls der Rat für das Deutsche Fotoinstitut den Standort des jetzigen Stadtmuseums festlegt beschließt der Rat den Ersatz des Anbaus durch einen Neubau. Da die Finanzierung des Fotoinstituts nicht durch die Stadt Düsseldorf erfolgt ist im Haushalt 2023 symbolisch 1,- Euro einzustellen.

Förderung der Freien Szene

Die Zuschussanträge der Freien Szene – Transferaufwendungen Konto 53170000 – sollen (nach Rücknahme der Kürzungen der Verwaltung) an folgenden Positionen erhöht werden:

Antragsteller/in	Mehrbetrag	Gesamtbetrag
Theater Templum (neu)	123.000	123.000
Kulturliste (neu)	40.000	40.000
Asphalt Festival	92.420	200.000
BBK Kunstforum		
- Miete	1.000	18.000
- Projektförderung	4.946	16.000
Büchchentag	15.000	30.000
Marionettentheater	31.567	305.000
Malkasten	39.315	120.000
Baumaßnahme (neu)	30.000	30.000
Neuer Tanz	19.806	195.000
Theater an der Luegallee	7.412	44.411
Tanzhaus NRW	1.106.586	2.061.512
- Take off	22.770	220.000
Komödie (neu)	150.000	150.000
Know risk know fun (neu)	85.000	85.000
TheaterLaborTraumGesicht		
- Miete	600	8.400
- Projekt	14.500	14.500
Lesefest 2023	10.000	10.000

Rücknahme aller Kürzungen im Kulturretat

Der Rat beschließt, dass sämtliche Kürzungen, die die Verwaltung im Kulturhaushalt vorgenommen hat, zurückgenommen werden.

Wo bleibt der Masterplan Digitalisierung? Mehr Transparenz und mehr Schwung für die digitale Transformation

Einführung eines Programmmanagements für alle IT-Projekte der Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt den jährlichen Haushaltsansatz für das Produkt 1111120 „Informations- und Kommunikationstechnik“, Zeile 13, Konto 52910000 Maßnahme „Sonderbudget Digitalisierung“ von 2.000.000 um 3.000.000 Euro auf 5.000.000 Euro pro Jahr von 2023 bis zum Jahr 2025 zu erhöhen. Mit dem zusätzlichen Budget soll sichergestellt werden, dass die Stadtverwaltung Düsseldorf bis zum Jahr 2025 durchgängig digital arbeitet. Um den Erfolg der einzelnen Digitalisierungsmaßnahmen sicherzustellen, sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Es soll ein Programmmanagement etabliert werden, unter dem alle IT-Projekte der LHD untereinander koordiniert werden. Das Programmmanagement übernimmt ein gesamtheitliches Controlling. Es fordert Meilensteinplanungen der einzelnen Projekte ein und ist für alle IT-Projekte insbesondere hinsichtlich der finanziellen Aufwände einzelner Projekte und der konkreten zeitlichen Planungen auskunftsfähig.
2. Das Programmmanagement stellt eine regelmäßige Berichterstattung im ADIG, zumindest über etwaige Planabweichungen, sicher.
3. Das Programmmanagement nimmt die Abhängigkeiten der IT-Projekte untereinander in den Fokus. Jene Projekte, von denen andere Projekte im hohen Maße abhängen, sollen durch die zusätzlichen Mittel in besondere Weise beschleunigt werden. Hierzu zählt z.B. der Rollout der E-Akte.
4. Das Programmmanagement etabliert darüber hinaus ein einheitliches Veränderungsmanagement für alle IT-Projekte. Es organisiert Informationsveranstaltungen und Partizipationsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Düsseldorf. Ein zentrales Schulungsmanagement für alle neuen IT-Produkte wird aufgebaut.
5. Das Programmmanagement gewährleistet eine einheitliche Dokumentation der neuen digitalen Geschäftsprozesse. Wo immer es möglich ist, soll eine Optimierung der Geschäftsprozesse beim Einsatz neuer digitaler Verfahren vorgenommen werden.

Schaffung einer/eines Usability-Beauftragten der LHD Düsseldorf

Im Dezernat 04 soll eine neue Stelle einer/s Usability-Beauftragten geschaffen werden. Für die Schaffung dieser Stelle wird ein Budget von 100.000 EUR veranschlagt und jährlich fortgeschrieben.

Startup-Support für Wohnungsgenossenschaften in Düsseldorf!

Nachhaltige Wohnungspolitik durch Unterstützung bei der Gründung gemeinnütziger Wohnungsgenossenschaften. Der Rat beschließt Planungsmittel in Höhe von 1.000.000 Euro für den Bau qualitativ guter und preiswerter Woh-

nungen sowie für Beratungsdienstleistungen zur Förderung von Gründungen neuer Wohnungsgenossenschaft bereitzustellen. Für die Haushaltsjahre 2023 bis einschließlich 2026 werden für die Förderung der Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften pro Haushaltsjahr 20 Mio. Euro bereitgestellt. Mit diesem Budget soll die Verwaltung der Stadt Düsseldorf befähigt werden,

- analog zur Wirtschaftsförderung eine zentrale Anlaufstelle für die Gründung von Wohnungsgenossenschaften zu etablieren. Ziel ist es, alle Stakeholder einer genossenschaftlichen Gründung bestmöglich zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Dazu zählen insbesondere potentielle Gründer einer Genossenschaft, Projektentwickler, Banken, interessierte Firmen sowie Bürgerinnen und Bürger, die einer Genossenschaft beitreten möchten.
- Die neue „Startup-Unterstützung“ für genossenschaftliches Wohnen wird damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, an welchen Stellen im Stadtgebiet eine Zusammenarbeit mit Wohnungsgenossenschaften besonders lohnenswert ist.
- Die neue Beratungsstelle soll prüfen, in welchem Rahmen die Stadt selbst, z.B. durch Einlage eines Grundstücks, als temporäre Anteilseignerin die Gründung einer neuen Wohnungsgenossenschaft unterstützen kann (wie dies z.B. in der Stadt Detmold geschehen ist).
- Es soll geprüft werden, inwieweit die Bereitstellung von Grundstücken im Rahmen der Erbpacht für 99 Jahre möglich ist.
- Personen, die eine hauptamtliche Vorstandstätigkeit fachlich ausfüllen können, sollen aktiv geworben werden.
- Die neue Beratungsstelle soll Fördergelder bereitstellen z.B. für die Begleitung zur Aufstellung des Businessplans oder der Satzung, für die Erstellung eines Gründungsgutachtens etc.



Parken in Düsseldorf

Die Stadt Düsseldorf verzichtet für die Jahre 2023 bis 2025 auf eine Erhöhung der Gebühr für den Anwohnerparkausweis und verzichtet auf die Einführung neuer, großflächiger Anwohnerparkgebiete. Die Stadt Düsseldorf verzichtet für das Jahr 2023 auf eine Erhöhung der Parkgebühren. Stattdessen prüft die Stadt Düsseldorf folgende Maßnahmen:

1. Die schnellere Stärkung des ÖPNV
2. Einführung von Bewohnerparkgebieten
3. Einführung eines digitalen Parkleitsystems
4. Einen Masterplan Quartiersgaragen
5. Die bessere Nutzung von Parkraumpotenzial
6. Den schnellen und massiven Ausbau von Park + Ride

Masterplan Gehen

Die Stadt Düsseldorf beginnt umgehend mit der Erstellung eines „Masterplan Gehen Düsseldorf“. Die fußgängerfreundliche Gestaltung der Stadtquartiere bekommt einen erhöhten Stellenwert bei der Förderung der Nahmobilität.

Zielsetzungen für die Quartiere sind:

- Steigerung des Anteils Zufußgehender an der Mobilität
- Erhöhung der Verkehrssicherheit
- Steigerung der Aufenthaltsqualität



- Steigerung der ökonomischen Vitalität
- Barrierefreiheit

Für jeden der 10 Düsseldorfer Stadtbezirke wird eine Quartiers-Straße und ihre Umgebung als Modellvorhaben ausgewählt. Die zuständige Bezirksvertretung und die Anwohnerinnen und Anwohner werden bei Auswahl und Umsetzung beteiligt.

Partizipationsmöglichkeiten für Anwohnende und Gewerbetreibende:

- Workshop informativer Art zur Beteiligung an der Maßnahmenentwicklung
- Begehung zur Bestandsaufnahme und Bestandsanalyse (Fußverkehrscheck)
- Online-Beteiligung

Für den Lieferverkehr sind Kurzzeitparkflächen auszuweisen. Es sollen neue Aufenthaltsflächen und ausreichend Platz für Zufußgehende geschaffen werden. Die Verkehrsflächen von Zufußgehenden und Radfahrenden sind deutlich zu trennen. Für Anwohnende sowie Besucherinnen und Besucher muss die Möglichkeit geschaffen werden, ihren privaten Pkw in einer nahegelegenen Quartiersgarage zu parken. Es wird geprüft, ob eine Mobilitätsstation eingerichtet werden kann. Es wird geprüft, ob eine Begegnungszone (Bäume, Bänke) eventuell kombiniert mit einer „Kälteinsel“, eingerichtet werden kann.

Bei der Finanzierung der Maßnahmen sind alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Dafür werden im Produkt 5151101 Verkehrsleitpläne, Zeile 13, Konto 52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen 1 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.



Haushaltssitzung

Manfred Neuenhaus, Fraktionschef der FDP, ging mit OB Keller und den Bündnispartnern besonders hart ins Gericht. Der Haushalt von Schwarz-Grün sei nicht mehr als ein „fiktiver Haushalt“. Es sei seltsam, wie „uninspiriert“ man bei diesen Mehrheitsverhältnissen mit dem Geld umgehe. „Sie sind nicht zielgenau mit dem, was Sie ausgeben“, sagte Neuenhaus. „Sie hangeln sich von Abstimmung zu Abstimmung. Wir werfen Ihnen nicht vor, was Sie tun, sondern was Sie nicht tun.“ Die Politik von Schwarz-Grün führe derzeit in die „Vormundschaft des Haushaltssicherungsgesetzes“.

Donnerstag wurde im Stadtrat der Etat verabschiedet. Erträgen von 3,5 Milliarden Euro stehen Aufwendungen von 3,7 Milliarden Euro gegenüber.

Wenig Überraschungen in der Haushaltssitzung am Donnerstag im Stadtrat. Der Etat für das Jahr 2023 hat Aufwendungen in Höhe von insgesamt gut 3,7 Milliarden Euro. Dagegen stehen Erträge von rund 3,5 Milliarden Euro. Das geplante Jahresergebnis 2023 beläuft sich demnach auf ein Minus von 210,9 Millionen Euro. Durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe dieses negativen Jahresergebnisses wird ein fiktiv ausgeglichener Haushalt erzielt. Die Ausgleichsrücklage reduziert sich laut Stadt damit auf 30,5 Millionen Euro und wird sich, sofern keine Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden, im Jahr 2024 aufzehren. In diesem Fall muss die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden, und der Haushalt wird genehmigungspflichtig durch die Bezirksregierung.

Die Mammutsitzung lief fast zwölf Stunden. Fest stand früh: Schwarz-Grün wird seine Investitionen weiter durch Kredite finanzieren, die Schuldenlast nähert sich dadurch in etwa der Milliardengrenze. Es blieb zudem erwartungsgemäß bei den 67 Millionen Euro, die das schwarz-grüne Bündnis insgesamt für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgeben wird. Für soziale Leistungen stehen indes 732,3 Millionen Euro und für den Bereich Kinder, Jugend und Familienhilfe 645,4 Millionen Euro zur Verfügung. Auf den Bereich Kultur und Wissenschaften entfallen rund 191,2 Millionen Euro.

Für fünf Euro in die Oper und ins Schauspielhaus?

Apropos Kultur: Bei diesem Haushaltsposten gab es eine längere Debatte. Die Oppositionsfraktionen wollten mehr Geld für die so genannte Freie Szene in Düsseldorf etatisieren, kamen mit ihren jeweiligen Anträgen gegen die Ratsmehrheit aus Schwarz-Grün aber nicht durch.

Die FDP schlug vor, den günstigsten Eintrittspreis in Oper und Schauspielhaus auf fünf Euro herunter zu schrauben, um die Auslastung dort zu verbessern. Die Linken beantragten, die Gehälter der VHS-Dozenten auf 41 Euro pro Stunde zu erhöhen, zudem plädierten sie einen Rettungsschirm für die Off-Szene in Höhe von 80.000 Euro. Die SPD schlug einen „Atelierberechtigungsschein“ vor – analog zum Wohnberechtigungsschein. Der „Atelierberechtigungsschein“ solle nur diejenigen Künstlerinnen und Künstler subventionieren, die es finanziell auch nötig haben. Alles vernünftige Ideen, alle von Schwarz-Grün abgelehnt.

Neue Rheinzeitung vom 16. Dezember

Der Haushalt gerät in extreme Schiefelage

Deshalb übten die Fraktionsspitzen Markus Raub (SPD) und Manfred Neuenhaus (FDP) scharfe Kritik an CDU, Grünen und Stadt. Neuenhaus setzte die Kritik fort. „Es droht die Vormundschaft des Haushaltssicherungsgesetzes. Da wollten wir nie wieder hin.“ Dann sei „Schluss mit freiwilligen Leistungen, dann entscheiden andere, was hier gebaut wird.“ Das Problem sei nicht, was Schwarz-Grün mache, sondern was die Kooperation nicht mache. Konkret: „Wo bleibt ihre Fantasie? Sie tragen die Verantwortung, neues Geld zu besorgen.“

Rheinische Post vom 16. Dezember

Nahverkehr in Düsseldorf

Die Rathaus-Opposition trug die Entscheidung zu großen Teilen mit. FDP-Chef Manfred Neuenhaus sagte, es handele sich um das wichtigste Projekt im Straßen- und Stadtbahnbau seit der Fertigstellung der Wehrhahn-Linie. „Es wird ganz entscheidend für die Verkehrswende sein.“ Der Stadtrat hat die enormen Kostensteigerungen für die neue Stadtbahnlinie U81 mit großer Mehrheit abgesegnet. Der erste Bauabschnitt wird mit insgesamt 336 Millionen Euro rund 80 Millionen Euro teurer als zuletzt berechnet. Mit dem Projekt Rheintakt wurde zudem eine kurzfristige Optimierung des Nahverkehrs-Angebots in Düsseldorf beschlossen.

Rheinische Post vom 16. Dezember



Marie-Agnes Strack-Zimmermann legt Ratsmandat nieder

Manfred Neuenhaus: Im Namen der Fraktion danke ich Marie-Agnes Strack-Zimmermann für 19 Jahre intensiver und enorm erfolgreicher Ratsarbeit. Ihr außergewöhnliches Talent für Politik hat sie über zwei Jahrzehnte mit vollem Erfolg in die Düsseldorfer Kommunalpolitik eingebracht.

Die positive Entwicklung Düsseldorfs in den letzten 20 Jahren ist eng mit ihrer Arbeit verbunden. Die Fraktion versteht und akzeptiert die Gründe des Mandatsverzichts von Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

In der täglichen Arbeit wird uns aber eine kluge Freundin fehlen. Durch ihre Arbeit als Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete bleiben wir aber eng verbunden. Die Fraktion sagt ganz herzlich „Danke!“.

Es folgt ein Auszug aus dem Schreiben von Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Niederlegung des Ratsmandats:

FDP vom 16. Januar 2023



Letzte Etatsitzung mit Strack-Zimmermann

Angesichts meiner Aufgaben im Deutschen Bundestag seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, wird es Sie sicherlich nicht wirklich überraschen, dass Veränderungen ins Haus stehen:

Zum 1. Februar 2023 werde ich Abschied nehmen von meinen kommunalpolitischen Aufgaben und nach 5 Jahren als Mitglied in der Bezirksvertretung und 19 Jahren als Mitglied im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf, mein Mandat als Ratsfrau niederlegen. Es war für mich – kurz zusammengefasst – eine glückliche, eine ungeheuer spannende Zeit. Gemeinsam mit vielen FDP Kolleginnen und Kollegen durfte ich die Stadt mitgestalten. Manches, was heute so selbstverständlich scheint, haben wir mit vereinten liberalen Kräften in unterschiedlichen Koalitionen durchgesetzt.

Als Mitglied des Deutschen Bundestages werde ich weiterhin für meine Heimatstadt Düsseldorf da sein.



Schork wird in der Fraktion Willkommen geheißen

Christoph Schork rückt für Marie-Agnes Strack-Zimmermann in den Rat nach

Für Marie-Agnes Strack-Zimmermann rückt mit Platz 10 auf der Ratsliste Dr. Christoph Schork in den Rat nach.

Christoph Schork ist Schatzmeister des FDP-Kreisverbands und ein erfahrener Kommunalpolitiker. Wir begrüßen ihn

FDP vom 30. Januar 2023

herzlich in den Reihen der Ratsmitglieder und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit. Christoph Schork übernimmt für die Fraktion die Aufgabe des schulpolitischen Sprechers und wird neben Mirko Rohloff die Fraktion im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung vertreten.

DAS WAR DAS POLITISCHE RATSJAHR 2022

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Mitarbeit!



Herausgegeben von der Geschäftsstelle der FDP-Ratsfraktion | Fraktionsgeschäftsführer: Manfred Neuenhaus

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Marktplatz 3, 40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 89 23 124

E-Mail: fdp.ratsfraktion@duesseldorf.de
Online: www.ratsfraktion.fdp-duesseldorf.eu.org
Einbandsfotos von Maximilian Schade